Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 5
vom 31. Jan. '86
20. Jahrgang
Preis 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Bayerns Lügner Nr. 1

Der Landrat Hans Schuierer (SPD) hatte Bayerns Innenminister gefragt, ob denn tatsächlich die GSG 9 bei der Räumung des Baugeländes für die WAA in Wackersdorf gewesen sei.

Hillermeier wies dies weit von sich und behauptete, Schuierer müsse geträumt haben. So weit alles normal.

Dann kam die SPD auf den Gedanken bei Hillermeiers Parteifreund Zimmermann in Bonn nachzufragen, in der berechtigten Annahme, daß wenn irgendwo so etwas läuft, dieser bestimmt Bescheid weiß.

Zimmermanns Antwort war knapp und lapidar. Die GSG 9 sei, wie der Bundesgrenzschutz überhaupt, auf Anforderung in der Tat dort gewesen.

Einmal zu raten, wer denn die Abkommandierung von Bundesdeutschlands berüchtigster Truppe angefordert habe, ist überflüssig: Das bayerische Innenministerium natürlich, sagt Zimmermann.

Bleibt die Frage, warum ein Landesminister so offen und direkt lügt. Bleibt die Frage, welche Entschuldigungen bis hin zur vorübergehenden geistigen Umnachtung (oder, á la Berlin, Instinktverlust) denn diesen Minister nun wieder heraushauen soll — oder ob, stramm konservativ, einmal mehr einfach ausgesessen werden soll.

Die bayerische Landesregierung, die für den Bau der WAA nicht nur mit viel Geld lockte, sondern auch schnellstens Gesetze verändern ließ, um Widerstand zu unterdrücken, hat also auch die Kampfgruppe Wegener herbeigerufen — zum äußersten bereit, um Interessen des Großkapitals durchzusetzen. Dafür macht sich ein Hillermeier schon auch zum öffentlichen Lügner. Falls er deswegen in Not kommen sollte — was kaum zu erwarten ist — es werden sich sicher dankbare Freunde finden.

Baulöwen, Bordelle und Bestechung

Kofferträger Diepgen

Westberlin: Eine Stadt, die von jeher von Bauskandalen geschüttelt wurde. Sei es die Affäre um den „Steglitzer Kreisel" von 1973 oder die Garski-Affäre von 1981, über die damals der Stobbe-Senat stürzte. Beide Fälle waren jeweils nur als Spitze des Eisbergs betrachtet worden, hatten in ihrem Verlauf noch zur Aufdeckung zahlreicher weiterer, „kleinerer" Affären geführt. Die jetzige Affäre um den Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU) schlägt aber alle Rekorde.

Auch in anderen Bereichen hatte gerade die Bauwirtschaft in Westberlin besonders stark in die Politik hineingewirkt: Beispielsweise bei der Umkrempelung der FDP zu einer rechtsliberalen Partei hatte sie eine wichtige Rolle gespielt. Ganz zu schweigen von den Auseinandersetzungen um Hausbesetzungen und damit auch Wohnungspolitik, die sich nicht umsonst auch in Westberlin besonders zugespitzt hatten.

Alle diese Tatsachen weisen darauf hin, daß die Berliner Senatoren und Bezirksräte keineswegs nur Gefälligkeiten direkter Art leisteten, sondern auch in der politischen Ausrichtung ihren Spendern zu gefallen wußten. Lange Jahre lang kritisierte die CDU in der Opposition den sozialdemokratischen Filz. Um in nur wenigen Jahren zu zeigen, daß sie die Ausübung solcherart Geschäfte in der Tat wesentlich besser beherrscht. Denn: Es ist ja nicht nur ein Fall, der da jetzt endlich ins Rampenlicht gekommen ist, es sind mehrere Fälle zugleich. Und: Es handelt sich auch politisch um mehrere Fälle, allesamt durch den einfachen Begriff Korruption zusammengefaßt.

Zuerst: Die Spender. Ob der Westberliner Bauunternehmer und Hotelier Franke, der nicht nur 17 Baufirmen sein eigen nennt, sondern auch so viel Geld, daß er zum größten Spender der CDU avancieren konnte oder der als Strohmann für dubiose Kreise tätige Wuppertaler Autohändler Putsch — sie



Diepgen — 75000 DM bar auf die Kralle — wohin damit?

Fortsetzung auf Seite 2

Der „Gorbatschow-Plan"

Verspätete Einsichten? — Veränderte Positionen?

Der sogenannte Gorbatschow-Plan zum Abbau aller atomaren Waffen bis zum nächsten Jahrtausend hat einiges öffentliches Echo gefunden. Dementsprechend gibt es Anstrengungen der DKP, die ihn als *die* Orientierung der Friedensbewegung schlechthin darstellen möchten. Eine etwas differenziertere Betrachtung tut not.

Liest man den Wortlaut von Gorbatschows Plan genau, fallen zunächst vor allem zwei Dinge auf: Erstens seine Verbindung dieser Frage mit der weiteren ökonomischen Politik, wie sie auf dem kommenden Parteitag der KPdSU beschlossen werden soll, zweitens der tatsächliche Verzicht auf einige bisherige sowjetische Positionen.

In der Tat erscheint es naheliegend, daß die übliche sowjetische Propaganda, niemand könne die UdSSR „totrüsten", insofern zu bezweifeln ist, als es ihr zumindest erhebliche Schwierigkeiten bereitet, in der modernen (Kriegs-)technik mitzuhalten. Diese Entwicklung verstärkt erneute sowjetische Bestrebungen zur Aufrechterhaltung des Status Quo. Das führt denn auch zu einigen direkten Veränderungen der sowjetischen Positionen, die, wären sie früher bekundet worden, der westeuropäischen Friedensbewegung durchaus hätten hilfreich sein können. Eine veränderte Bewertung der britischen und französischen Raketen etwa, bisher stets mit als Grund für die eigenen SS 20 bezeichnet, fällt in Gorbatschows Stellungnahme auf. Die Billigung von Kontrollen internationaler Art, die zumindest teilweise angedeutet wird, ist ebenso eine Veränderung bisheriger Positionen, wie es eine teilweise Neubewertung der Frage der Mittelstreckenraketen und der taktischen Atomwaffen gibt.

Fortsetzung auf Seite 3

Der Endspurt der Niedersachsenwahl beginnt

Schröders Mannschaft

Der „Enkel" Gerhard Schröder, SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Niedersachsen, hat in der letzten Woche den Kern seiner „künftigen Regierungsmannschaft" vorgestellt. Die Männer und Frauen, mit denen er die Stimmen gewinnen will, um Ernst Albrecht nach rund einem Jahrzehnt vom Posten des Ministerpräsidenten zu verdrängen, sind, dem ersten Anschein nach unter dem Motto „Für jeden etwas" gesammelt.

Da gibt es unter den Frauen die eine, mit der wohl Stimmen aus der Frauenbewegung gesammelt werden sollen, die andere von Hermann Rappe persönlich protegiert. Bei den Männern gibt es einen Kandidaten, der wohl für Umweltschutz stehen soll, den anderen, der vom Verfassungsschutz kommt und den Chef der Kanalarbeiter. Ausgewogen also zwischen rechts und links, zwischen Pfarr und Vahrenholt auf der einen, Pelny und Bruns auf der anderen Seite.

Der Hintergrund, wie diese „Mannschaft" mit Frauen zustandegekommen ist, weist allerdings schnell darauf hin, daß es mit solcherart Ausgewogenheit nicht so weit her ist.

Zwischen Schröder und dem Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Bruns, gibt es offensichtlich einen regelrechten Vertrag, mit dem sich der Kandidat den Weg zur Unterstützung seiner Kandidatur erkaufen mußte. Die Unterstützung der Parteirechten war im Nachhinein betrachtet denn wohl auch Hauptgrund für die Schnelligkeit, mit der Gerhard von Oskar zu Johannes wurde, was die Frage der Koalition mit den Grünen betraf. Zementiert wurde dies noch durch die Unterstützung Hermann Rappes, einer der profiliertesten Rechten in der SPD.

In einer solchen Stellung der Parteireihen der SPD erscheint mehr als fraglich, ob Schröder inhaltlich mit einer echten Alternative für Niedersachsen gegen Albrecht nicht nur ernst machen, sondern auch überhaupt auftreten kann — der bisherige Verlauf seiner Kampagne hat dies eindrücklich bewiesen. Die Zeiten, da Linke in der SPD auf eine Lafontaine-Effekt hoffen konnten, sind damit wohl endgültig vorüber.

Haushaltsdebatte im Landtag NRW

Rau versöhnt — womit?

In der Haushaltsdebatte des nordrhein-westfälischen Landtages starteten die Oppositionsparteien CDU und FDP den allgemein erwarteten Großangriff auf die Landesregierung — von besonderem Interesse natürlich wegen der Kandidatur von Johannes Rau im nächsten Jahr. Der Angriff galt denn auch weniger dem Ministerpräsidenten eines Bundeslandes, mehr dem Kanzlerkandidaten. Rau antwortete auf typische Weise.

Ausgehend vom Haushalt der Landesregierung und der darin vorgesehenen Neuverschuldung kritisierten Biedenkopf und Rohde als Hauptredner Raus Unfähigkeit, wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen zum angeblich erfolgreichen Kurs der Bonner Koalition aufzuzeigen. Immer wieder kommentierten sie genüßlich Raus Fehlstart, sein Versprechen im „Express"-Interview, alle 23 Sozialabbaugesetze der Bonner Koalition wieder rückgängig zu machen — ein Versprechen, das er bekanntlich fast sofort widerrufen mußte.

Biedenkopf, tags darauf erfolgreich im Machtkampf mit Haken und Ösen um den Vorsitz des neu zu gründenden Landesverbandes NRW der CDU, profilierte sich als entschiedener Fürsprecher der Bonner Politik und weiterer „Entstaatlichung" — was bei ihm und seinesgleichen in erster Linie bedeutet, Front zu machen gegen soziale Errungenschaften der Werktätigen und der Gewerkschaftsbewegung. Rohde, ganz im Stil eines Provinz-Lambsdorff attakkierte Sozialpolitik überhaupt und sang das Hohelied des ach so freien Individuums, das in dieser Gesellschaft jede Chance haben müsse.

Fortsetzung auf Seite 3

2. 17 %Marsch in Dortmund

Nulltarif im Mittelpunkt

Im Mittelpunkt des zweiten Dortmunder 17% Marsches stand die Forderung nach Nulltarif im Nahverkehr für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Der vom lokalen Anti-Rotstift-Komitee organisierte Marsch, an dem sich 500 bis 600 Menschen beteiligten, wurde von Einzelgewerkschaften und zahlreichen sozialen Gruppierungen (Arbeitsloseninitiativen, Sozialhilfegruppen, Graue Panther, christliche Sozialarbeit) unterstützt.

Für einen kommunalen Vergünstigungspaß und für ein kommunales Beschäftigungsprogramm, das waren die generellen Eckpunkte des Aufrufs des Komitees. Daß dabei die Forderung nach Nulltarif im Mittelpunkt stand, ergab sich sowohl aus der besonders angespannten finanziellen Lage gerade dabei als auch aus der aktuellen Entwicklung.

Dies wurde auch in dem Flugblatt der KPD, die das Komitee mitträgt, unterstrichen. Ebenso wurde dort darauf hingewiesen, daß die Debatte um und Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm ohne Durchschlagskraft bleibt, wenn es (wie etwa beim Beschäftigungsprogramm des DGB) ein bloßer Wunschkatalog bleibt und nicht mit den nötigen politischen Veränderungen verbunden wird.

Das KPD-Flugblatt im Text:

Was in Bielefeld möglich ist . . .

Als erste Stadt in der Bundesrepublik hat Bielefeld vor wenigen Tagen den Nulltarif im Nahverkehr für Arbeitslose eingeführt. Nicht Ermäßigung oder Beschränkung auf Randzeiten, sondern Nulltarif echt. Für die Betroffenen dieser Stadt ein echter, spürbarer Fortschritt. Weniger Ausgaben, mehr Möglichkeiten, Kontakte zu pflegen — rundum sinnvoll. Gefaßt wurde dieser Beschluß von der dortigen Mehrheit aus SPD und GAL. Eine politische Konstellation also, die auch in Dortmund leicht machbar wäre. Daß eine solche Forderung in Städten und Gemeinden, in denen die Bonner Wendeparteien die Mehrheit haben, schwerer durchzusetzen sei, glaubt jeder. Aber darum handelt es sich ja in Dortmund wie auch in anderen Ruhrstädten nicht.

. . . soll in Dortmund nicht gehen?

Es liegt jedenfalls nicht daran, daß die Grünen hier nicht dafür wären, im Gegenteil, sie haben sich verschiedentlich dafür eingesetzt. Es liegt daran, daß die SPD-Fraktion, mit allen möglichen Argumenten, die Verwaltung mit allen möglichen vorgeschobenen Begründungen eine solche Reform ablehnen.

Da wird gesagt, eigentlich sei für „diese Leute" in Dortmund doch ganz gut gesorgt, da wird auf die Zuständigkeit des Verkehrsverbundes verwiesen (der sich — immerhin, trotz all dem vielen, was sich gegen ihn sagen läßt — bereiterklärt hat, wenn die Stadt seinen Einnahmeausfall deckt) und ähnliches mehr.

Von einer Alternative zu Bonn wenig zu sehen!

Die Behauptung, die SPD würde aus den Städten heraus für eine Alternative zur Bonner Wendepolitik sorgen, ist wenig zu sehen, auch in diesem Fall. Vorhandenes Geld wird für Rathausneubau und Geldgeschenke an Unternehmer — natürlich, immer nur wegen der Arbeitsplätze, die dadurch nicht mehr geworden sind — ausgegeben, da bleibt wenig für Sozialpolitik. Sozialpolitik, die es bei CDU und FDP gar nicht, bei vielen SPDlern offensichtlich aber auch nur in der Hochkonjunktur geben soll. **Ähnlich sieht es aus beim Beschäftigungsprogramm.** Da geht es ja auch nicht nur um fromme Wünsche, eine Liste dessen, was alles machbar oder wünschenswert wäre.

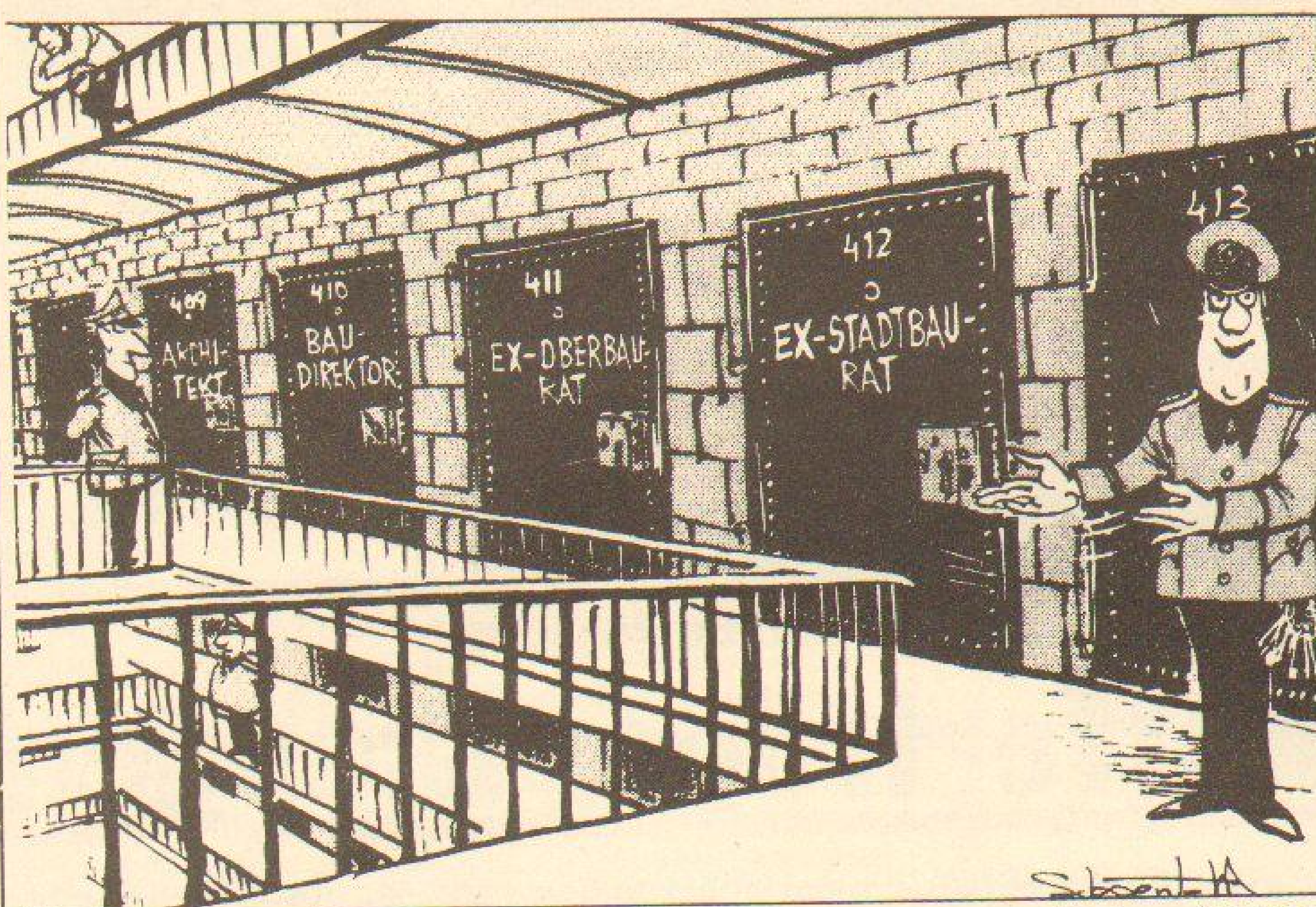
Eingriff in private Verfügung!

Wer ernsthaft für ein Beschäftigungsprogramm eintritt, der muß auch dazu sagen, daß dies nur möglich ist, wenn auch Eingriffe in die private Verfügung, also in den Gang des von den Reichen und ihren Nachbetern so stark gepriesenen freien Unternehmertums stattfinden. Ein Beschäftigungsprogramm, das nur auf sogenannte Investitionsanreize abzielt, ist — wie die Jahre bis 82 gezeigt haben — ebenfalls nicht geeignet, tariflich abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht darum, daß Änderungen in der Energieversorgung, der Wohnungsbaupolitik, des Gesundheitswesens, und was alles noch not täte, nicht möglich sind, ohne politisch die Möglichkeit zu schaffen, das freie Unternehmertum zu beschränken.

- **Für ein Beschäftigungsprogramm**
- **Für einen Vergünstigungspaß**
- **Schluß mit dem Sozialabbau!**

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A) FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Der Kofferträger Diepgen?



Hamburger Abendblatt

„Zur Charlottenburger Baubehörde hier lang, bitte!"

Fortsetzung von Seite 1

haben Geld gegeben (wie viele andere auch), das nie in den Parteikassenbüchern auftaucht. Und sie haben dafür direkte Gegenleistungen empfangen — Franke verdiente allein in einem Fall dabei eine halbe Million DM.

Zum zweiten: Die Empfänger. Sicher, Baustadtrat Antes sitzt, wie ein halbes Dutzend anderer Mandatsträger, in Untersuchungshaft. Die Beweise gegen ihn und andere sind erdrückend. Ermittelt wird gegen zwei Dutzend weiterer Amtspersonen aus den einzelnen Stadtbezirken Westberlins. Die Breite der Korruption auf dieser Ebene ist enorm, aber die Frage wie es mit der ersten Ebene, der des Senats aussieht, wird bereits durch die bisher bekannten Tatsachen nicht nur aufgeworfen, sondern zum Teil auch bereits beantwortet. Vor allem was Bürgermeister Diepgen seinen Hintermann Landowsky und nicht zuletzt auch Asylantenjäger Lummer betrifft. Sie haben — natürlich erst nachdem Freund Franke schon saß — sich dann an alles erinnert, was nicht mehr zu verheimlichen war. Daß sie Geld bekommen haben (Diepgen 75000 die verschwanden, wobei es — auch das keine Neuheit — auch wieder einen toten Zeugen gibt) oder eben doch Treffen hatten (Lummer mit Putsch und nicht nur einmal sondern häufig — aber auch das fiel ihm erst nach Montag wieder ein . . .), daß sie Antes gegen offenliegende Fakten protegiert hatten (Diepgen und Landowsky) und verhindert hatten, daß ernsthaft gegen ihn ermittelt wird: Die Gedächtnisblockade fiel mit Frankes Festnahme am Montag letzter Woche. Am Mittwoch meinte Diepgen dann einiges zugeben zu müssen, zwecks der „politischen Hygiene".

Nun: Es ist Diepgen selbst, der dieses Wort gewählt hat und so nahelegt, daß die entsprechenden Vorgänge als schmutzig bezeichnet werden können. Vorgänge, an denen er in jeder Weise zentral beteiligt war.

Beteiligt an den entsprechenden Geschäften sind auch noch viele andere aus der CDU-Parteiprominenz, vom Fraktionschef Buwitt bis zum Ex-Bundestagsabgeordneten Wohlrabe, der mit einem Geschäftsfreund in Konkurrenz zu Franke um Bauprojekte wirkte, die Fahndung ist, eingestandenermaßen erst am Anfang und was da noch alles aufgedeckt werden wird, können höchstens die Beteiligten selbst konkret fürchten.

Jetzt sind erstmal eine — kleine — Reihe bezirklicher Politiker suspendiert. Das Muster der Reaktionen könnte aus den Bestechungsaffären in Bonn, Stuttgart, Mainz und anderen Landeshauptstädten stammen: Zuerst empört alles von sich weisen, dann gestehen, was nicht mehr zu verheimlichen ist, dann einige „Bauernopfer" und dann darauf warten, daß sich die Verhältnisse beruhigen.

Das Musterexemplar solchen Vorgehens wird in dieser Woche mit dem Abschlußbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses durchexerziert werden. Bereits vor der abschließenden Veröffentlichung des Berichts hat der Ausschußvorsitzende Langner (CDU) deutlich gemacht, wie die Wertung der Mehrheit der beteiligten Abgeordneten aussieht: Daß von Korruption oder ähnlichem nicht die Rede sein kann. Vergessen sind all die schönen Reden und Bekundungen zur „Hochzeit" der Affären, als die gläsernen Taschen gefordert, „Sauberkeit" propagiert und alle Register der Verlogenheit gezogen wurden.

Obwohl all die laufenden Prozesse und Verfahren Material genug hergeben um Dutzende von Untersuchungen zu begründen: Jetzt soll offiziell Schluß gemacht werden. Auf ähnliche Entwicklungen — bis zur nächsten Wahl ist es noch lange hin — hofft wohl auch Diepgen. Und seine Mannen von der Spenderriege.

Neuer Zwischenfall in Hamm

THTR — schon wieder schiefgegangen

Fast unbemerkt in der Öffentlickeit gab es in der letzten Woche im Hammer Hochtemperaturreaktor einen erneuten Zwischenfall — nur der jüngste einer ganzen Reihe in den letzten Wochen, den wenigen seit seinem Anlauf.

Der THTR in Hamm, bis heute von der SPD-Landesregierung NRW als die Alternative der Atompolitik zum Schnellen Brüter angepriesen hat in den wenigen Wochen seit seiner offiziellen Taufe bereits alle Bekundungen seitens der „Fachleute" und der Landesregierung widerlegt, die ihm jahrelang besondere Betriebssicherheit zugesprochen hatten und dementsprechend Unterschiede zu anderen Reaktortypen herausgekehrt hatten.

Der jüngste Zwischenfall betraf erneut das Filtersystem, das nicht ausreichte, mögliche Ausfälle eines Defekts abzufangen. Im Handbetrieb mußte korrigiert werden, was mit Glück und Geschick einigermaßen gelang.

Mit dem Dahinschwinden des Sicherheitsargumentes für den THTR ist bereits die zweite Säule der Argumentation für diese Art Reaktoren hinfällig geworden. Zuerst war jahrelang vor allem damit gepowert worden, er könne der Kohleförderung im Ruhrgebiet eine Zukunft sichern — vor allem die Führung der IG Bergbau und Energie hatte sich dieser Argumentation ganz massiv bedient. Heute ist sie zwar immer noch im „Handel", aber längst nicht mehr besonders wirksam, deshalb war das Schwergewicht auf die angebliche Betriebssicherheit gelegt worden, örtliche Bürgerinitiativen entsprechend als Schwarzseher verleumdet. Nun ist auch diese Linie der Verteidigung des THTR weitgehend zusammengebrochen.

Die Forderung nach seiner Stillegung wird durch diese Entwicklung um so mehr dringlich.

Rechtspolitischer Kongreß der CDU

Geißler, Remmers und Gott

Der 4. Rechtspolitische Kongreß der CDU war wegen der vorgesehenen Themen mit einigem Interesse erwartet worden, stand doch da, laut Tagesordnung an, über Fragen wie Sterbehilfe und Gentechnologie zu diskutieren. Außerdem: diese Art CDU-Kongresse sind, wegen des besonders starken konservativen Einflusses in der Justiz stets von Auswirkungen begleitet.

Im Widerstreit zwischen den Interessen kapitalistischer Profitmacherei und kirchlicher Ideologie in den genannten Hauptfragen kam es zu keinem Ergebnis, die Teilnehmer konnten sich im wesentlichen nur darauf einigen, daß in entscheidenden Fragen kein Handlungsbedarf bestünde. So blieb der Kongreß im wesentlichen eine propagandistische Angelegenheit, der vor allem von zwei Auftritten lebte: Heiner Geißler und Werner Remmers hießen die Stars dieser Versammlung.

Heiner Geißler nutzte die Stunde wieder einmal, sich als Dreckschleuder zu betätigen: Alles links von sich selbst bezeichnete er als eine Gefahr für die Rechtsordnung und den damit verbundenen „inneren Frieden".

Sein Beitrag war unter anderem auch eine abermalige Rechtfertigung verschiedenster Ereignisse der letzten Zeit, von der Bespitzelung sozialdemokratischer und Grüner Abgeordneter bis zum Ausschluß der Grünen von ihren normalen parlamentarischen Rechten durch das Bundesverfassungsgericht. Inhaltlich waren diese Tiraden das Plädoyer für einen „CDU-Staat" in Neuauflage Erhardtscher Theorien, modernisiert. Verschiedene Redner bekundeten außerdem, Rechtspolitik der CDU ließe sich ganz zentral von theologischen Argumenten leiten — und sie meinten das bewußt in Abgrenzung selbst zur bürgerlichen Aufklärung. So bezog sich der niedersächsische Justizminister Werner Remmers in seinem Beitrag auf theologische Schriften als er die „Menschenwürde" als rechtlichen Begriff als eine „gottgegebene" Würde bezeichnete — die demzufolge, in logischer Konsequenz, eben auch nicht weiter definierbar sondern je nach Konjunktur zu handhaben ist.

So wird — sehr kurz — deutlich, daß dieser Kongreß der CDU vor allem dazu dienen wird, das Arsenal konservativer Argumente klarer zu straffen, und entsprechende Argumentationslinien populärer zu machen. Der ausdrückliche Rückgriff auf theologische Abstrusitäten in der rechtspolitischen Debatte zeigt eine Tendenz zur Verschärfung reaktionärer Bestrebungen.

Verhöhnung parlamentarischer Rechte

Verfassungsgericht gegen Grüne

Bereits in der vorletzten Woche fällte das Karlsruher Bundesverfassungsgericht sein Urteil in der Frage der Mitgliedschaft der Grünen in dem parlamentarischen Kontrollausschuß über die Geheimdienste.

In diesem Urteil, das den Ausschluß der Grünen von dieser Kontrolle zementiert, werden ganz simpel einfachste parlamentarische Rechte einer Bundestagsfraktion weggewischt. Laut bürgerlicher Theorie sind Abgeordnete gewählte Volksvertreter. Deren Rechte werden nun nicht solchen Leuten aberkannt, die für Spenden Freundschaftsdienste leisten, auch nicht solchen, die antisemitische Hetze betreiben, sondern den Grünen — die ja selbst oft genug Objekt geheimdienstlicher Schnüffelei waren und wohl auch noch sind.

Die Geschäfte „müssen laufen, ganz egal, wo dabei die eigenen Gesetze bleiben", so läßt sich dieses Wunschurteil der Bonner Rechtskoalition interpretieren. Wenn Industrielle sich eben mal gegen bar geheimdienstliche Aktivitäten besorgen oder Privatagenten mitlaufen lassen, wenn Leute wie Zimmermann und Todenhöfer politische Konkurrenten beobachten und ausspionieren lassen, dann könnte ja in der Tat die Anwesenheit von Grünen Abgeordneten in diesem Kontrollausschuß das tun, was SPD-Abgeordnete auch in der Zeit nach Schmidts Kanzlerschaft nie getan haben: stören. Es könnten dadurch ja Tatsachen über das dunkle Treiben dieser Dienste an die Öffentlichkeit geraten, die geeignet wären, der Forderung nach ihrer Abschaffung breitere Resonanz zu verschaffen. Die Enthüllung des Treibens der Agenten wäre nicht mehr nur Einzelsache und mehr oder weniger dem Zufall überlassen, sondern könnte verhältnismäßig kontinuierlich geschehen.

Das sind die Gründe für das BVG-Urteil, wie es die Gründe für den Ausschluß der Grünen aus dieser Kommission durch die Parlamentsmehrheit gewesen sind — Regierungsparteien und BVG stramm auf einer Linie zum Schutz der Machenschaften von Reaktion und Geheimdienst. Ein weiterer Beweis dafür, wie „ernst" es diesen Herren mit der Demokratie ist, wenn es um für sie wichtige Fragen geht …



Schily und Kleinert vertraten die Grünen vor dem BVG

Rau versöhnt — womit?

Fortsetzung von Seite 1

Eindeutig war die sozialdemokratische Replik auf diese Attacken. Assistiert von Farthmann (Fraktionsvorsitzender) und Matthiesen (Umweltminister) beklagte Rau vor allem den schlechten Stil der beiden Hauptangreifer, betonte, er sei es satt, immer wieder etwas unter die Nase gerieben zu bekommen, was er längst schon widerrufen habe, das sei Hetze und kein guter Stil und so weiter …

Kein Wort Raus, das inhaltlich gegen diese Attacken gerichtet worden wäre.

Ganz im Stile solcher Appelle wie „Versöhnung statt Spaltung" befaßte sich Rau vor allem mit den Methoden der Auseinandersetzung und vermied, inhaltlich Position zu beziehen.

Anstatt den zynischen Angriffen Biedenkopfs und Rohdes eine entsprechende Kritik an der Bonner Politik und ihren Vorschlägen für NRW entgegenzuhalten (oder zumindest zu sagen, wenn nicht alle, so werden doch die wichtigsten Sozialabbaugesetze rückgängig gemacht, was eine geeignete politische Antwort gewesen wäre, die diesen Attacken den Wind aus den Segeln genommen hätte) plädierte Rau also wieder einmal, diesmal auf konkrete Weise für „Versöhnung".

Was faktisch bedeutet hat, für Versöhnung mit der Bonner Politik zu plädieren, solange man den Inhalt der Auseinandersetzung ganz wegläßt und sich nur auf Stilfragen konzentriert, an Gefühle nach Harmonie und ähnlichem appellierend.

Verspätete Einsichten? — Veränderte Positionen?

Fortsetzung von Seite 1

Insofern enthält Gorbatschows Vorschlag in der Tat einige Elemente, die Forderungen der internationalen Friedensbewegung entsprechen. Dies zu begrüßen aber ist die eine Sache, eine andere wäre es, diesen Plan zur Grundlage der Friedensbewegung zu machen — wofür es keinen Grund gibt, denn dazu steht er zu sehr in der Tradition bisheriger Vorschläge auf dieser Ebene.

Da ist zum einen die zentrale Frage der „Einseitigkeit", in der sich Gorbatschow gegenüber seinen Vorgängern real betrachtet nicht bewegt (das Testmoratorium als einzigen Hinweis auf so ein Vorgehen bedeutet in Wahrheit keine echte Veränderung). Da sind zum anderen solche Fragen wie die Zahl der Sprengköpfe nach den „ersten Schritten", die ja immer noch astronomisch hoch liegen soll (bei 6000 auf jeder Seite) sowie die Frage der Stationierung hinter dem Ural.

Insofern ist dieser Vorschlag seinem Wesen nach nur ein erneuter Beweis dafür, daß die UdSSR einen Kurs fährt — im Gegensatz zu den USA — der gegenwärtig nicht auf Überlegenheit sondern auf Gleichheit aus ist. Dies hat wenig mit der von verschiedenen Seiten behaupteten strukturellen Friedlichkeit der UdSSR zu tun und wesentlich mehr mit der konkreten Lage der Kräfteverhältnisse.

Der Plan geht sogar so weit, die Forschung für SDI faktisch auszuklammern und sich nur gegen den Bau und Einsatz der entsprechenden Waffen auszusprechen — ein Hinweis darauf, daß die Problematik SDI für die UdSSR tatsächlich von besonderer Tragweite ist, weil dabei mehr als jemals zuvor technologische und finanzielle Vorteile des NATO-Blocks zum Tragen kommen.

Das einst als unumgänglich bezeichnete Positionen aufgegeben werden, zeigt, wie sehr diese Politik Konjunkturen unterworfen ist — daß sie im Sinne von Forderungen der Friedensbewegung verändert wurden, ist natürlich positiv auszunutzen.

Natürlich zielen diese Maßnahmen nach wie vor darauf, Widersprüche im NATO-Block sei es zu säen, sei es zu verstärken und auch auf verstärkten Einfluß in den Friedensbewegungen, es handelt sich ja auch nach Gorbatschows eigenem Bekunden um eine außenpolitische Maßnahme seiner Regierung, und die muß notwendigerweise auf solche Dinge abzielen.

Trotzdem ist es ein Vorschlag, den die westliche Seite nicht so ohne weiteres abtun kann. Eine Ausrichtung der Friedensbewegung auf diesen Plan Gorbatschows aber würde nach wie vor bedeuten, sie auf die Verhandlungen der beiden größten Militärmächte der Welt auszurichten, die beide im Grunde aggressive Politik betreiben, auch wenn es hier immer wieder Veränderungen gab und geben wird, die die konkrete aktuelle Politik prägen.

Strauß-Interview

BRD: Militärisches Interesse an SDI

Bei der gesamten Debatte um das amerikanische SDI-Programm wird von Seiten der Bundesregierung und der CDU und FDP in der Regel stets so Propaganda gemacht, daß es um Forschungserkenntnisse und Technologie gehe. Eine andere Sprache spricht da — wieder einmal — Franz Josef Strauß, der in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" zur militärischen Bedeutung von SDI für die BRD Stellung nimmt.

Daß Strauß dabei alle Register der These von der sowjetischen Bedrohung zieht, kann niemanden überraschen. Daß er eine neue Variante der Enthauptungsstrategie propagiert, ebenfalls nicht. Seine inhaltlichen Positionen insgesamt sind weder neu noch überraschend, was wesentlich an dem Interview ist, von dem wir im folgenden kurze Auszüge veröffentlichen, ist die Art und Weise, wie Strauß seine Nebenposition als bayrischer Ministerpräsident und CSU-Chef nutzt, um frei von taktischen Zwängen Aussagen über die Richtung zu machen.

„ **SZ:** *Die Bundesregierung tut fast immer so, als wenn es nur um die Erfindung der nächsten Generation der Teflonpfanne ginge, also nur um den Technologietransfer, den spin-off. Das Bild in Bonn ist verwirrend …*

Strauß: …wenn dieses verworrene Bild entstanden ist, dann nicht zuletzt deshalb, weil es beim Koalitionspartner nicht nur eine abweichende Haltung gibt, sondern weil der Koalitionspartner zu dieser Frage ein *positives* Element hat — Stichwort Bangemann — und ein *negatives* — Stichwort Genscher.

SZ: *Warum ist die FDP gespalten?*

Strauß: Hier kann man nur Vermutungen anstellen, das möchte ich aber nicht tun, weil Vermutungen leicht irritierend, vielleicht sogar beleidigend oder zumindest koalitionsbelastend wirken können — die berühmten „Querschüsse" aus München. Darum sage ich am liebsten: Fragen Sie mich etwas Leichteres.

SZ: *Wo liegt das Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik in Fragen SDI?*

Strauß: Wir haben den merkwürdigen Zustand, daß die bisherigen Gegner der nuklearen Abschreckung jetzt auf einmal Gegner des SDI-Projektes geworden sind und anscheinend die Fortsetzung der nuklearen Abschreckung lieber in Kauf nehmen als den Versuch, sie durch eine neue technische Dimension zu relativieren, zurückzustufen. Wenn man sagt, die nukleare Abschreckung sei gefährlich, sie könne nicht von Dauer sein, stellt man automatisch die Frage, welche Strategie sie ablösen soll. Einseitige Abrüstung? Nein. Lösung der Frage durch Krieg? Natürlich nicht. Eine rasche Änderung der sowjetischen Politik und Anpassung an den allgemeinen Kodex des Völkerrechts der Demokratien ist auch nicht zu erwarten. Also bliebe die Beibehaltung der Abschreckung oder der Versuch, sie durch eine neue technische Dimension zu überlagern.

Die Gefahr für Amerika sind die U-Boot-Raketen, sind die Interkontinentalraketen. Für uns sind die Gefahr die Kurz- und Mittelstreckenraketen. Die Amerikaner versuchen, ihre Gefährdung zu vermindern, aber jetzt schreien die Europäer, daß die amerikanischen Sicherheitsgarantien nicht mehr glaubwürdig sind. Und das nehmen uns die Amerikaner übel. Sie sagen: Als wir noch nicht verwundbar waren, habt ihr unsere Sicherheitsgarantie geglaubt. Als wir im vollen Risiko drin waren, habt ihr unsere Glaubwürdigkeit bezweifelt. Und jetzt, wo wir versuchen, die Nuklearstrategie zu überlagern, jetzt sind wir wiederum nicht glaubwürdig, weil wir angeblich für uns mehr Sicherheit anstreben als für die Europäer. Wenn wir euch die Beteiligung anbieten, ziert ihr euch in Deutschland. Was wollt ihr Europäer eigentlich?

SZ: *Natürlich bietet ein unverwundbares Amerika eine bessere Abschreckungsgarantie …*

Strauß: Aber die Europäer sagen, Kamerad GI, du sollst nicht nur in Europa gleichgefährdet sein, auch deine Heimat soll gleichgefährdet sein wie wir es sind. Und das ist dieser Knick in der europäischen Bewertung. Unser militärischers Interesse, das wir nicht zu verstecken brauchen, ist es, wenn das Problem — wie ich vermute — technisch lösbar ist, die Kurz- und Mittelstreckenraketen, die auf uns gerichtet sind, möglichst schon beim Verlassen des Abschußgestelles zu zerstören.

SZ: *Das ist das strategische Interesse?*

Strauß: Ja.


Strauß beim Interview mit der „SZ"

Widerstand gegen §116 AFG-Änderung

Auf den Druck von unten kommt es an

„Wir schließen auch einen Marsch auf Bonn nicht aus", erklärte der Vorsitzende der IG Metall Hans Mayr, am vergangenen Wochenende. Er kündigte an, die IGM werde auch weiterhin mit „allen zu Gebote stehenden Mitteln", darunter „selbstverständlich auch betriebliche Protestaktionen", gegen den Gesetzentwurf zur Änderung des § 116 kämpfen.

Mayr wandte sich eindeutig gegen den „Kompromiß-Vorschlag" des IG-Chemie-Vorsitzenden Herrmann Rappe, die von der Bundesregierung betriebene Verschärfung des § 116 nicht auf Lohnforderungen anzuwenden. Mayr: „Für Tarifforderungen wie weitere Arbeitszeitverkürzung könnte dann praktisch nicht mehr gestreikt werden."

Diese positiven Äußerungen Hans Mayrs aber können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gewerkschaftliche Mobilisierung gegen den § 116 an Schwung verloren hat, und daß ein neuer Anlauf dringend notwendig ist. In diesem Zusammenhang ist schwer verständlich, warum der IGM-Vorstand sich auf seiner letzten Klausurtagung, auch wenn es in der Hauptsache um den Kurs in den kommenden Tarifbewegungen ging, nicht klarer zu den nächsten Mobilisierungs- und Aktionsschritten geäußert hat. Das gilt um so mehr, als der DGB-Bundesvorstand sich auf seiner letzten Sitzung ausdrücklich nicht für gemeinsame betriebliche Aktionen aller Einzelgewerkschaften ausgesprochen hat.

Rappes Auftritte in der Öffentlichkeit lassen vermuten, wie die Auseinandersetzungen in der DGB-Führung laufen. In dieser Auseinandersetzung innerhalb des DGB kommt der ÖTV offensichtlich eine Schlüsselstellung zu. Um es vorsichtig auszudrücken: es gibt leider keine Hinweise darauf, daß die ÖTV-Führung an die hervorragende Warnstreikaktion im Kölner Nahverkehr vor Weihnachten anknüpfen will und auf weitere betriebliche Protestaktionen orientiert.

Der 13. ordentliche Landesbezirkstag des baden-württembergischen DGB forderte am 25. Januar den DGB-Bundesvorstand zu einer bundesweiten Aktionswoche vor der ersten Lesung des Änderungsentwurfs im Bundestag auf. Außerdem forderten die Delegierten, daß der DGB-Vorstand weder mit der Regierung noch mit den Arbeitgebern über die Änderung des § 116 weitere Gespräche führen solle.

Die baden-württembergischen Gewerkschafter wollen offensichtlich vorbauen, daß der DGB-Vorstand die Linie des Widerstands gegen **jede** Einschränkung des Streikrechts verläßt, um im Sinne Rappes und auf der Linie der Sozialausschüsse der Einladung Blüms zu Gesprächen über „Nachbesserungen" zu folgen.

Für die weitere Entwicklung des Widerstandes gegen die einschneidende Einschränkung des Streikrechts wird es von großer Bedeutung sein, ob in den Betrieben, Vertrauenskörpern, gewerkschaftlichen Gremien Beschlüsse gefaßt werden, die auf eine massive Verstärkung des gewerkschaftlichen Widerstandes drängen.

Auch örtliche, gewerkschaftsübergreifende Initiativen wie die der Kölner Gewerkschafter können von großer Bedeutung für die Frage sein, ob sich im DGB die Linie des „Nachbesserns", also der Akzeptierung einer gravierenden Verschlechterung des geltenden Streikrechts, oder Kurs des Widerstands gegen jede weitere Einschränkung des Streikrechts durchsetzt.

Kölner Gewerkschafter machen Druck

Rund 800 Gewerkschafter nahmen am 16. Januar an der Funktionärsversammlung des Kölner DGB teil. Die Konferenz sprach sich für weitere Aktionen gegen die geplante Verschlechterung des § 116 AFG aus.

Während die Referate von Hans Janßen vom IGM-Vorstand und von Franz Kersjes, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck & Papier, auf große Zustimmung stießen, gab es breite Empörung über die Haltung des IG-Chemie-Vorsitzenden Rappe. Rappe hatte kurz vor der Konferenz geäußert, ein möglicher Kompromiß in der Frage des § 116 könne darin liegen, daß Lohnforderungen von der Verschärfung des § 116, wie sie die Regierungskoalition beabsichtigt, ausgenommen würden.



Toni Dröpper, Vorstandsmitglied der IG Druck & Papier, sagte: „Rappe ist weder berufen noch auserwählt, ständig den Mund aufzureißen und ohne Not und Absprache mit den übrigen Gewerkschaften solche Äußerungen in die Welt zu setzen." Er nannte Rappes „öffentliche Auftritte" eine „unvertretbare Anbiederung".

Einzig der Kölner Geschäftsführer der IG Chemie, Gerd Hengsberger, sah sich genötigt, für Rappe in die Bresche zu springen. Er unterschied fein zwischen der IG Chemie einerseits, die die Änderung des § 116 verurteile, daß es aber andererseits „genauso richtig und wichtig sei, daß Rappe seine Funktion als Bundestagsabgeordneter nutzt und auch auf anderen Wegen gegen eine Verschlechterung des § 116 aktiv wird".

Die überwältigende Mehrheit der anwesenden Kolleginnen und Kollegen aber blieb dennoch bei ihrer Überzeugend, daß Rappes Solo-Auftritte vor allem die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen gegen den geplanten Anschlag auf das Streikrecht verschlechtern, daß sie insbesondere eine Fortsetzung der Spaltungspolitik sind, die Rappe und die IG-Chemie-Führung bereits im Kampf für die 35-Stunden-Woche an den Tag gelegt haben. Hans Janßen jedenfalls erhielt mächtig Beifall, als er den Beschluß des IGM-Vorstandes erläuterte, den Arbeitszeittarif noch in diesem Jahr zu kündigen.

Inzwischen hat sich in Köln eine Initiative von Gewerkschaftern gebildet, die für eine Verstärkung des gemeinsamen Kampfes aller DGB-Gewerkschaften gegen die Änderung des § 116 eintritt. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören Kolleginnen und Kollegen aus der ÖTV, der IGM, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, der HBV, der IG Druck & Papier, der IG Bau, der IG Chemie und der GEW.

Unter der Überschrift „Streikrecht bleibt bestehen — Kohl muß gehen" rufen die Kolleginnen und Kollegen auf: „Jetzt also wollen die Bonner Flick-Minister und ihr Kanzler ihre Politik der Aufrüstung und des Sozial-Abbaus, der Massenerwerbslosigkeit und der Ausländerfeindlichkeit mit einem großen Schlag gegen die Gewerkschaften krönen.

Jetzt Widerstand leisten

Kohl und Kapital wollen mit dem neuen § 116 AFG eine andere Republik. Appelle an die Sozial-Ausschüsse der CDU werden nicht ausreichen, um das Regierungsvorhaben scheitern zu lassen. — Doch wir haben eine Chance — wenn das zusammenfließt, was sich gegen die Raketen und für die 35-Stunden-Woche bewegte.

Die Beteiligung von weit über einer halben Million Kolleginnen und Kollegen an Warnstreik-Aktionen im Dezember 1985 zeigte, daß die drohende Änderung des § 116 AFG verhindert werden kann. Damit schaffen wir auch die Voraussetzungen für die Ablösung der Bonner Regierung spätestens 1987.

Wer uns den Streik beschneiden will, muß ihn zu spüren kriegen!

In Betriebsgruppen, Vertrauenskörpern und allen anderen gewerkschaftlichen Gremien muß jetzt über die erforderlichen nächsten Maßnahmen beraten werden. Folgende Ideen könnten dazu gehören:

- örtliche und regionale Demonstrationen;
- ein bundesweiter Warnstreik aller DGB-Gewerkschaften, wenn in Bonn über den § 116 AFG beraten wird;
- eine Großkundgebung aller DGB-Gewerkschaften während der Arbeitszeit in Bonn.

Die Warnstreiks in Köln von IG Metall und ÖTV und die Funktionärskonferenz des DGB am 16.1.86 waren erste richtige Schritte.

Damit es jetzt weitergeht, fordern wir den DGB-Kreis Köln und die Einzelgewerkschaften auf, für den 1. März '86 — am zweiten bundesweiten Aktionstag des DGB — in Köln eine Demonstration zu organisieren, um unseren Protest gegen den Angriff auf das Streikrecht massiv in die Öffentlichkeit zu tragen. Alle Kölner Parteien und Initiativen, die diese Aktivitäten gegen die Änderung des § 116 AFG unterstützen, sollen zur Vorbereitung der Demonstration und weiterer Maßnahmen mit einbezogen werden."

Um über die Unterstützung solcher Aktivitäten und anderer Maßnahmen zu beraten, laden die Kolleginnen und Kollegen für Dienstag, den 4. Februar 1986 um 17.30 Uhr zu einem Treffen im DGB-Haus (großer Saal) ein.

Sindelfingen: 6 000 demonstrierten

„Geißler, Blüm und Bangemann — woll'n an unsere Rechte 'ran". Eine von vielen Parolen, die die rund 6000 baden-württembergischen Gewerkschafter riefen, als sie durch Sindelfingen zur Funktionärskonferenz in der Sindelfinger Messehalle demonstrierten. Es wären weit mehr gewesen, wenn die Sindelfinger Messehalle mehr Leute fassen würde.

„CDU und FDP — Hände weg vom AFG!" Die Stimmung während der Demonstration brachte zum Ausdruck, was der DGB-Landesbezirksvorsitzende Siegfried Pommerenke anschließend auf der Funktionräskonferenz sagte: „Wir brauchen keine Nachbesserungen — der gesamte Gesetzentwurf gehört in den Papierkorb."

Die „Welt der Arbeit" sammelte auf der Demonstration Stimmen zur Stimmung in Sachen Widerstand gegen den Anschlag auf das Streikrecht. Kollege Misch, Vertrauenskörperleiter von Mannesmann Demag in Schopfheim (Südbaden): „Die Stimmung ist hervorragend, auch in der Provinz."

Alfons Leinmüller, erster Bevollmächtigter der IG Metall in Schwäbisch-Gmünd: „Wir müssen unsere Kollegen sogar bremsen. Auch die CDU- und CDA-Kollegen machen mit. mit." Fragt sich allerdings, warum Kollege Leinmüller es für so dringlich hält, die „Kollegen zu bremsen".

Peter Koch, Betriebsratsvorsitzender der Druckerei Fink in Kemnat: „Jetzt müssen alle Gewerkschaften handeln. Es geht um unsere Existenz. Jeder Kompromiß ist gegen uns gerichtet."



CDA-Konferenz hält Blüm die Stange

Absurde Reaktion des DGB

Auf der Vorständekonferenz der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft am 19. Januar in Bonn wurde nach mehrstündiger und zum Teil heftiger Diskussion der von Blüm vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des § 116 AFG grundsätzlich gebilligt.

Die sogenannte Arbeitnehmergruppe in der Unions-Fraktion, der rund 50 Abgeordnete zugerechnet werden, wurde allerdings aufgefordert, im beginnenden Gesetzgebungsverfahren zum §116 sicherzustellen, daß die derzeitige Rechtslage „nicht zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verändert wird".

Beschlossen wurde also die berühmte Quadratur des Kreises: grundsätzlich wurde der Blüm-Entwurf gebilligt, aber geändert werden soll, was den grundsätzlichen Charakter des Blüm-Entwurfs ausmacht, nämlich daß er die bestehende Rechtslage einschneidend zu Lasten der Gewerkschaften ändert.

Zu einer derartig widerspruchsvollen Beschlußfassung kommt es, weil Einwände, die in der CDA gegen die beabsichtigte Einschränkung des Streikrechts tatsächlich bestehen, aus Gründen der Parteiräson zurückgestellt werden. Das eigentliche Ergebnis der CDA-Vorständekonferenz war denn auch weniger, daß innerhalb der CDA erhebliche Einwände gegenüber dem Regierungsentwurf bestehen, sondern, daß die Sozialausschüsse vor Blüm und Kohl kuschen, daß sie grundlegende gewerkschaftliche Interessen auf dem Altar der Partei- und Koalitionsräson opfern.

Anders ist folgende Erklärung nach der Konferenz nicht zu verstehen: „Es wird weder der Opposition noch ihren gewerkschaftlichen Helfershelfern gelingen, einen Keil zwischen die Sozialausschüsse und ihren Vorsitzenden Norbert Blüm zu treiben."

Faßt man also die Ergebnisse der CDA-Konferenz zusammen, kommt man realistischerweise zu folgender Beurteilung: sie hat gezeigt, daß es innerhalb der Sozialausschüsse tatsächliche erhebliche Opposition gegen den antigewerkschaftlichen Regierungskurs gibt, daß aber die Erwartung, die Sozialausschüsse würden in Konfrontation mit der Unionsführung den Regierungsentwurf im Bundestag zu Fall bringen, illusorisch ist. Die Widersprüche, die in den Unionsparteien deutlich geworden sind, können nur produktiv genutzt werden, wenn der gewerkschaftliche Widerstand so massiv wird, daß den Unionsparteien die Diskussion um die politische Durchsetzbarkeit der geplanten Streikrechtsbeschränkung aufgezwungen wird.

Ganz andere Schlüsse aber haben offensichtlich führende DGB-Kreise aus dem Verlauf der CDA-Konferenz gezogen. Die Stellungnahmen führender DGB-Funktionäre heben praktisch ausschließlich hervor, daß die CDA erklärt habe, die bestehende Rechtslage dürfe nicht zu Lasten der Gewerkschaften verändert werden.

Die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" überrascht in ihrer Ausgabe vom 23. Januar auf Seite 1 mit der Schlagzeile „Sozialausschüsse im Aufwärtstrend". In der Unterzeile wird wahrheitswidrig behauptet: „Klare Position im Streit um §116 AFG". Der Artikel wird durch folgenden Vorspann eingeleitet: „Einen leichten Aufwärtstrend registrieren die CDA-Sozialausschüsse: Ihr Mitgliederstand stieg 1985 um 480 auf 32180. Das teilte die CDA auf Anfrage mit. Eine Rolle gespielt hat wohl auch die CDA-Position im Streit um den Streikparagraphen. Das ergab eine WdA-Umfrage."

Der folgende Artikel bringt im wesentlichen kritische Äußerungen zur Änderung des §116 auf der Linie der CDA-Konferenz und Zahlen über geringe Mitgliederzuwächse in einigen CDA-Bezirken (Rheinland-Pfalz: „Wir haben seit Jahresanfang einige neue Mitglieder — darunter auch drei Betriebsräte — gewonnen.")

Schwer zu glauben, daß die Präsentation derartiger Sensatiönchen als Aufmacher auf Seite 1 der WdA-Redaktion aus journalistischen Gründen dringend geboten schien. Es handelt sich offenkundig um einen von der DGB-Führung bestellten Artikel. Damit an der politischen Absicht auch keine Zweifel bestehen können, wurde direkt neben dem Zeitungskopf, über der Jubelschlagzeile für die Sozialausschüsse, noch folgende Meldung ins Blatt gerückt. Unter der Überschrift „Mahnung an IGM: Stoppt Verleumdungen" wird berichtet: „Der Erfolg unseres gemeinsamen Anliegens kann nur erreicht werden, wenn Christliche Demokraten nicht ständig Diffamierungskampagnen von Euch ausgesetzt sind." Das schrieb ÖTV-Hauptvorstandsmitglied Karl-Heinz Hoffmann an den Vorsitzenden der IG Metall Hans Mayr. CDA-Mitglied Hoffmann zeigte sich betroffen, daß in „metall extra" vom 13. Dezember „erneut eine Verbindung von der Bundesregierung zu den Nazis" gezogen worden sei. Über 100 Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschafts-Mitglieder in der ÖTV haben sich gegen die Änderung des §116 AFG ausgesprochen.



WdA
WELT DER ARBEIT

Mahnung an IGM: Stoppt Verleumdung

Mosbach. (kk) „Der Erfolg unseres gemeinsamen Anliegens kann nur erreicht werden, wenn Christliche Demokraten nicht ständig Diffamierungskampagnen von Euch ausgesetzt sind." Das schrieb ÖTV-Hauptvorstandsmitglied Karl-Heinz Hoffmann an den Vorsitzenden der IG Metall Hans Mayr. CDA-Mitglied Hoffmann zeigte sich betroffen, daß in „metall-extra" vom 13. Dezember „erneut eine Verbindung von der Bundesregierung zu den Nazis" gezogen worden sei. Über 100 Christlich-Demokratische-Arbeitnehmerschaft-Mitglieder in der ÖTV haben sich gegen die Änderung des Paragraphen 116 AFG ausgesprochen.

Sozialausschüsse im Aufwärtstrend

Klare Position im Streit um § 116 AFG

Königswinter. (wda) Einen leichten Aufwärtstrend registrieren die CDA-Sozialausschüsse: Ihr Mitgliederstand stieg 1985 um 480 auf 32180. Das teilte die CDA auf Anfrage mit. Eine Rolle gespielt hat wohl auch die CDA-Position im Streit um [illegible] graphen. Das ergab [illegible]

Rheinland-Pfalz, Heinz Hesping: „Wir wollen keine Veränderung des Streikparagraphen 116 zu Lasten der Arbeitnehmer. Diese Meinung ist bei der CDA-Konferenz in Bonn von allen 35 Teilnehmern [illegible]

Attraktive GTB

Düsseldorf. (wda) Mehr als 14000 Jugendliche hat die Gewerkschaft Textil–Bekleidung (GTB) 1985 neu aufgenommen. Von rund 250000 GTB-Mitgliedern sind 50000 Jugendliche (20 Prozent). Das ergibt sich aus dem Geschäftsbericht, der dem 11. Zentralen Jugendtag der GTB am 25. und 26. Januar in Duisburg vorgelegt wird. Ein GTB-Sprecher wollte gegenüber der WdA nicht ausschließen, daß auf dem Jugendtag auch über den „Nicht-Abgrenzungsbeschluß der vergangenen Bundesjugendkonferenz des DGB" [illegible]

Man muß wissen, daß es eigentlich zu den wenig rühmenswerten Gepflogenheiten der WdA gehört, über wichtige Auseinandersetzungen im DGB und seinen Einzelgewerkschaften nicht zu berichten. Der kommentarlose Abdruck der zitierten Meldung ohne Wiedergabe einer Stellungnahme der IGM hat ausgesprochen provokativen Charakter.

In Verbindung mit dem angesprochenen Hauptartikel ergibt sich ungefähr folgende Botschaft: die bisherige Kampagne der IGM gegen die Regierung ist gegen den Geist der Einheitsgewerkschaft gerichtet — zumindest teilweise. Demonstrativ macht der DGB deutlich, daß er die Sozialausschüsse für einen Pfeiler der Einheitsgewerkschaft hält, daß darüber hinaus der DGB die Sozialausschüsse zum Hauptfaktor in der weiteren Auseinandersetzung um den §116 hochjubelt, weil sie auf den „parlamentarischen Gang der Dinge" noch Einfluß nehmen können.

Dazu paßt, daß der DGB-Bundesvorstand sich am 22. Januar zwar weiterhin für betriebliche Aktionen ausgesprochen hat, aber andererseits sich gegen gemeinsame Aktionen aller Einzelgewerkschaften ausgesprochen hat.

Sowohl Strauß als auch Bangemann haben mittlerweile klargestellt, daß es die von den Sozialausschüssen geforderten „Nachbesserungen" nicht geben wird. Strauß hat erklärt, daß beim sogenannten Koalitionsgipfel die Verabschiedung des Gesetzentwurfs in der vorliegenden Form vereinbart worden sei. Dieser Klarstellungen hätte es gar nicht bedurft, um die Gegenstandslosigkeit der derzeitigen Haltung der Sozialausschüsse zu erkennen und den völlig illusionären Charakter jener Haltung in der DGB-Führung, die den Sozialausschüssen eine Schlüsselstellung in der Auseinandersetzung um den §116 zuweist.

Notwendig ist es, in der IG Metall Druck zu machen für eine neue Mobilisierungs- und Aktionswelle und in allen anderen Gewerkschaften auf einer solidarischen Haltung mit der IG Metall zu bestehen und gemeinsame Aktionen aller DGB-Gewerkschaften zu fordern.

Irreführende Darstellung des Blüm-Ministeriums

Verstoß gegen internationales Recht

Die geplante Änderung des § 116 AFG verstoße nicht gegen das Übereinkommen 102 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). So antwortete der parlamentarische Staatssekretär im Blüm-Ministerium, Wolfgang Vogt, auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Büchner. Blüms Mann log.

Im Artikel 69 dieses Übereinkommens heißt es, daß bei einer durch Arbeitskampf verursachten Arbeitslosigkeit Leistungen nur ruhen dürfen, „wenn der Verlust der Beschäftigung die unmittelbare Folge einer auf einer Arbeitsstreitigkeit zurückzuführenden Arbeitseinstellung war." Unschwer zu erkennen, daß die jetzige Regelung des §116 AFG dieser Formulierung entspricht, daß die von der Regierungskoalition angestrebte Änderung des §116 aber gerade darauf abzielt, das Ruhen der Leistungen auch für von den Unternehmern verfügte Produktionseinstellungen anzuordnen, die keineswegs unmittelbar Auswirkungen von Streik und Aussperrung sind, sondern allenfalls mittelbare. Es geht ja beim Regierungsentwurf gerade um Betriebe und Gebiete, in denen ein Arbeitskampf **nicht** stattfindet.

Um nicht vor dem Bundestag eingestehen zu müssen, daß der Regierungsentwurf internationales Recht bricht, konstruierte Vogt eine ausgesprochene Eselsbrücke: Es gebe noch eine andere Auslegung des Übereinkommens, die auch der Spruchpraxis des Sachverständigenausschusses der ILO entspreche. Als Beleg führte er an, der Ausschuß habe es als nicht unvereinbar mit dem Übereinkommen erklärt, „wenn die Aussetzung der Arbeitslosenunterstützung sich auf Arbeitnehmer beschränkt, die an dem Ausgang des Arbeitskampfes beteiligt sind oder deren Arbeitsbedingungen von dessen Ausgang beeinflußt sein könnten."

Aufgrund dieser Formulierung meint Vogt behaupten zu können, daß auch mittelbar vom Arbeitskampf betroffenen Beschäftigten die Leistungen gesperrt werden könnten, wenn ihre Arbeitsbedingungen vom Ausgang des Arbeitskampfes möglicherweise beeinflußt würden. Demnach wäre der Regierungsentwurf zwar im Widerspruch zum Wortlaut des ILO-Übereinkommens, aber in Übereinstimmung mit der Spruchpraxis des Sachverständigenausschusses. Nur: in der von Vogt zitierten Passage findet sich überhaupt kein Hinweis darauf, daß es um nur mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Belegschaften geht. Nicht am Arbeitskampf beteiligte Arbeitnehmer gibt es auch innerhalb des Geltungsbereichs eines umkämpften Tarifvertrages. Für sie ist bereits nach der geltenden Rechtslage die Zahlung von Kurzarbeitergeld ausgeschlossen.

Blüms Staatssekretär führte den Bundestag bewußt in die Irre. Wenn er es aus durchsichtigen Gründen schon für notwendig erachtete, dem eindeutigen Wortlaut des ILO-Übereinkommens 102 noch Ausführungen über die Spruchpraxis des Sachverständigenausschusses hinzuzufügen, dann hätte er darauf verweisen müssen, daß die Tendenz die ist, daß die Leistungsverweigerungen für nicht direkt am Arbeitskampf Beteiligte als Ausnahme gesehen wird, daß die Leistungsverweigerung grundsätzlich als Repressionsmaßnahme gewertet wird. Der Regierungsentwurf zum §116 AFG aber macht die Repression per Leistungsverweigerung zur Regel und die Zahlung von Kurzarbeitergeld zur Ausnahme.

Ex-Verfassungsrichter M. Hirsch:

„Politischer Streik keineswegs gesetzwidrig"

Als Gast einer Funktionärskonferenz des Heidelberger DGB nahm der frühere Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch grundsätzlich zur geplanten Änderung des §116 Stellung. Hirsch erklärte, daß diejenigen, die hier versuchten das Streikrecht einzuschränken, „so verfassungswidrig handeln, wie es schlimmer gar nicht geht."

Einen weiteren Grund für die Verfassungswidrigkeit der geplanten Gesetzesänderung sieht Hirsch darin, daß es ja nicht um Staats- sondern um Versicherungsgelder gehe, die von den Betroffenen selbst eingezahlt worden seien. Der daraus erwachsende Rechtsanspruch könne nicht eingeschränkt werden. In dieser Frage sei er mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Ernst Benda einig. Benda ist von der Landesregierung NRW mit einem Gutachten zur Frage des §116 beauftragt worden.

Eindeutig äußerte sich Hirsch zur Frage des Widerstandsrechts: „Wer die Gewerkschaften ausbluten will, will eine andere Republik, um das zu verhindern, hat jedermann das Recht auf Widerstand." Hirsch regte beim DGB an, intensiver über die Frage des politischen Streiks nachzudenken. Der sei keineswegs gesetzwidrig, unter Umständen vielmehr „die Pflicht jedes anständigen Republikaners".

Metalltarifrunde '86

IGM-Vorstand beschließt Forderungsrahmen

In der Tarifrunde 1986 in der Metallindustrie soll es um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung gehen — das ist das wesentliche Ergebnis einer Klausurtagung des IG-Metall-Vorstands zu diesem Thema.

Die Lohnforderungen für den am 31. März auslaufenden Lohntarifvertrag sollen zwischen 6 und 7,5 Prozent liegen. Dies war in der Höhe wohl kaum anders zu erwarten, auch wenn führende IG-Metaller sich in den letzten Monaten immer wieder für „kräftige" Lohnerhöhungen ausgesprochen hatten. Nun hat die Tarifkommission in Baden-Württemberg als erste nach diesem Vorstandsbeschluß ihre Forderung beschlossen: 7 Prozent, mindestens aber 150 DM. Auch wenn eine Lohnrunde auf dieser Grundlage kaum „kräftige" Lohnerhöhungen bringen wird, so ist damit aber doch nach den Jahren des Reallohnverlustes eine echte Lohnrunde möglich.

Der Beschluß über den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche war in den letzten Monaten in der IG Metall heftig umstritten gewesen. Vor allem aus Baden-Württemberg war die Forderung nach Verschiebung der Arbeitszeitrunde auf das nächste Jahr erhoben worden, um sich in diesem Jahr voll auf die Lohntarifrunde zu konzentrieren.

Der Beschluß des IG-Metall-Vorstands ist dagegen: Kündigung des Manteltarifvertrages noch in diesem Jahr, was frühestens zum 30. September möglich ist. Es gibt also erst einmal nicht die von vielen befürchtete Verschiebung auf unbestimmte Zeit. Hans Jansen erklärte nach dem Vorstandsbeschluß, daß 1986 nicht die geringsten Zweifel aufkommen sollen, daß die Arbeitszeitverkürzung absolute Priorität habe.

Scharf gegen diese Forderungen wandten sich Gesamtmetall und ihr Präsident Stumpfe. In einer ersten Stellungnahme kündigte er zwar „angemessene Beteiligung der Beschäftigten am Erfolg der metallindustriellen Unternehmen" an, behauptete aber, die Forderungen der IG Metall seien gegen die Interessen der Beschäftigten und der Arbeitslosen gerichtet und eine weitere Arbeitszeitverkürzung komme gar nicht in Frage.

Soviel ist schon klar: Wirkliche Lohnerhöhungen werden ebensowenig wie die 35-Stunden-Woche kampflos zu bekommen sein. Die „angemessene Beteiligung" signalisiert, daß die Metallindustriellen anders als in den letzten Jahren nicht mit Nullrundenvorgaben in diese Tarifrunde gehen werden, auf der anderen Seite spürbare Lohnerhöhungen aber auf jeden Fall verhindert werden sollen.

Der durchaus positive Beschluß des IGM-Vorstands zur Tarifrunde 1986 löst natürlich ein zentrales Problem dieser Tarifrunde nicht: daß ein Abschluß in der Lohnauseinandersetzung in der ersten Hälfte des Jahres von Gesamtmetall kaum akzeptiert werden wird, ohne daß die Drohung einer gleich anschließenden Arbeitszeitverkürzungs-Auseinandersetzung vom Tisch ist. Bereits die in der IG Metall diskutierte Laufzeit des Lohntarifvertrages von sechs Monaten wird sehr schwer durchzusetzen sein, und es wird darauf ankommen, daß in dem notwendigen Einsatz für echte Lohnerhöhungen in der ersten Hälfte dieses Jahres keine Vorentscheidungen getroffen werden, die eine schnelle weitere Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche unmöglich macht.

Öffentlicher Dienst

Empörendes Angebot von Zimmermann

Am 16.1. fand die zweite Verhandlugnsrunde zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und der ÖTV statt. Nach sieben Stunden wurde vertagt auf den 30.1.'85. Es habe „absolut keine Annäherung gegeben", sagte die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies.



Bei einer früheren Lohnrunde im öffentlichen Dienst: Dortmunder ÖTV-ler demonstrieren gegen Lohnabbau

Zimmermann bot an, die Einkommen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst um 3 Prozent zu erhöhen. Gleichzeitig verlangte er aber eine Verlängerung der Laufzeit von 12 auf 14 Monate, weshalb die tatsächliche Erhöhung dann auch nur 2,57 Prozent beträgt. Ein solches Angebot ist für die Masse der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (die Besserverdiener einmal ausgenommen) unannehmbar. Sie brauchen die 6 Prozent, die die ÖTV gefordert hat, unbedingt.

Die ÖTV hat außerdem eine deutliche Anhebung der unteren und mittleren Einkommen gefordert. Hier will Zimmermann aber lediglich 27 Mark mehr zahlen. Die allgemeine Zulage soll von 40 Mark auf 67 Mark erhöht werden, wie für den Beamtenbereich bereits geschehen. Genauso mager ist das Angebot für die Erhöhung des Sozial- bzw. Ortszuschlags für Familien mit Kindern. Wer zwei Kinder hat, soll ganze 2,85 Mark mehr bekommen. Bei drei Kindern soll es 64,61 Mark und bei vier Kindern 81,56 Mark geben.

Bei den Auszubildenden besteht Zimmermann nach wie vor auf einer Gehaltskürzung. Zwar soll die ursprüngliche Kürzung um 50 Prozent zurückgenommen werden, aber das ändert erstens nichts an dem grundsätzlichen Skandal einer solcher Gehaltskürzung. Zweitens betragen die Kürzungen, die Zimmermann fordert, auch so noch zwischen 108,12 Mark und 216,17 Mark und drittens verlangt Zimmermann, daß diese Ausbildungsvergütungen für 40 Monate, also für mehr als drei Jahre (!) festgefroren werden sollen.

Es ist nicht anzunehmen, daß Zimmermann bei der dritten Verhandlungsrunde wesentlich von diesen Vorstellungen abrückt. Das wird wohl überhaupt nur dann zu erreichen sein, wenn Überlegungen in der ÖTV, notfalls auch „mit längeren Streiks zu kämpfen" (Vorstandsmitglied Hein Schuerheck) tatsächlich konkrete Gestalt annehmen.

Bonns schmutziges Kalkül mit der Neuen Heimat

„Eine Bilanz des wirtschaftlichen Versagens, der sozialen Unverfrorenheit und Rücksichtslosigkeit, der politischen Heuchelei und der gröblichen Verletzung von Arbeiterinteressen" machte Bundeswohungsbauminister Oscar Schneider im Bundestag auf. Nein, er sprach nicht von der politischen Bilanz dieser Regierung. Er sprach von der Neuen Heimat.

Diese Zeitung und die KPD haben es stets als politischen Skandal empfunden, daß der DGB sich über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen kapitalistisch betätigt. Ein noch größerer Skandal ist es, daß in der Neuen Heimat kriminelle persönliche Bereicherungssucht und abenteuerliche Spekulation in einem Ausmaß ins Kraut schießen konnten, das auch in einem privatwirtschaftlichen kapitalistischen Unternehmen durchaus nicht an der Tagesordnung ist. Der allergrößte Skandal, daß in den vergangenen Jahren 1,5 Milliarden Mark an Gewerkschaftsgeldern zur Rettung dieses Monsters ausgegeben wurden, statt für gewerkschaftliche Zielsetzungen.

Der Neue-Heimat-Skandal ist absehbar noch nicht auf seinem Höhepunkt. Der gesamte Bereich der sogenannten gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wird eine Quelle ständig neuer Skandale sein, durch die die Gewerkschaften politisch und moralisch diskreditiert werden. Alle Gewerkschafter, die diesen Schaden vom DGB abwenden wollen, müssen Wege diskutieren, wie man die Gewerkschaften von der Gemeinen Wirtschaft befreien kann, was ja auch heißen würde, sie ein Stück aus der Integration in das kapitalistische System zu zerren.

Die antigewerkschaftliche Kampagne, die die Reaktion gegenwärtig über die Neue Heimat aufbaut, aber verfolgt offensichtlich drei politische Ziele:

- Die politische Diskreditierung des DGB in einer Situation, in der die Gewerkschaften im Kampf für die Verteidigung des Streikrechts auf breite Mobilisierung ihrer Mitglieder und Unterstützung der demokratischen Öffentlichkeit angewiesen sind.
- Die Liquidierung des Sozialen Wohnungsbaus. Finanzminister Stoltenberg nutzte den Skandal um die Neue Heimat, um für eine „einschneidende Änderung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes" einzutreten.
- Hier wird eine Stellung für den Bundestagswahlkampf aufgebaut. Die Neue Heimat soll als Beweis dafür herhalten, daß nur die Wendeparteien von Geld und Wirtschaft etwas verstehen.

Dieses hinterhältige politische Kalkül baut auf der Angst von rund 300000 Familien auf, die in den Wohnungen de Neuen Heimat zur Miete wohnen und sich natürlich Sorgen darüber machen, ob die Mietpreisbindung ihrer Wohnung eventuell aufgehoben wird mit dem Ergebnis, daß sie die dann höhere Miete nicht mehr zahlen können.

Helmut Schlich, Direktor des Mieterbundes, hat die Haltung der Bonner Regierung treffend charakterisiert: „Angesichts der Betroffenheit von 300000 Familien schadenfroh dazusitzen, wie es die Bundesregierung macht, und darauf zu warten, daß der Gewerkschaftskonzern pleite geht, ist reinster Zynismus."

Die DGB-Führung und der Neue-Heimat-Chef Hoffmann haben dementiert, daß die Gefahr eines Zusammenbruchs der Neuen Heimat besteht. Wir können das nicht beurteilen. Tatsache ist, daß von en über 17 Milliarden Gesantschulden der Neuen Heimat ca. 5 Milliarden nicht durch Grundbuchschuldeintragungen bzw. Mieteinnahmen gedeckt sind, daß 1,7 Milliarden kurzfristige Kredite bei rund 40 Banken bestehen, daß das mit diesen Banken geschlossene Stillhalteabkommen Ende des Jahres ausläuft. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge liegt die Entscheidung darüber, ob die Neue Heimat flüssig bleibt, also bei den Banken.

Neue-Heimat-Chef Hoffmann gibt sich im „Spiegel"-Gespräch optimistisch: „Zunächst einmal gehe ich davon aus, daß wir seit vier Jahren in durchaus nicht leichten Phasen mit den Banken die Zusammenarbeit fortgesetzt haben und daß dies auch weiter gelingt." Woher Hoffmann diesen Optimismus nimmt, bleibt unerfindlich.

Erstens ist der Gedanke, daß die Banken die Neue Heimat aus politischem Kalkül über die Klinge springen lassen, durchaus nicht abwegig. Zweitens gibt es sicher nicht wenige Aasgeier im Finanzkapital, die darauf lauern, über die Krise der Neuen Heimat sich die Volksfürsorge, den gewerkschaftseigenen Versicherungskonzern, und die Bank für Gemeinwirtschaft unter den Nagel zu reißen.

Darauf, daß die Neue Heimat ausgerechnet jetzt zusammenkracht, können auch die nicht sonderlich scharf sein, denen es eigentlich recht wäre, wenn der Gewerkschaftskonzern sich möglichst unauffällig in Luft auflösen würde. Aber blindes Vertrauen in die diesbezüglichen Versicherungen der Neuen-Heimat-Geschäftsführung und der DGB-Führung erscheint nicht angebracht.

Die klassenkämpferischen Gewerkschafter tun wohl gut daran, auch mit dem Schlimmsten zu rechnen. Eben darum gilt es jetzt in der innergewerkschaftlichen und in der öffentlichen Diskussion Positionen zu verankern, die geeignet sind, den politischen Schaden für die Gewerkschaften möglichst klein zu halten. Offensichtlich gibt es dabei hauptsächlich die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und die Interessen der Mieter der Neuen Heimat zu schützen.

Zum ersten ist klarzustellen, daß die Sanierung der Neuen Heimat nicht die Sache der Gewerkschaften ist. Ein solches Ansinnen läuft auf die Aufforderung zum satzungswidrigen Mißbrauch der Gewerkschaftsgelder hinaus. Denn es besteht kein Zweifel, daß es ein Mißbrauch der Mitgliedsbeiträge wäre, die von den Mitgliedern natürlich zweckgebunden zur Finanzierung der Gewerkschaften als ihrer **Interessenorganisation** gezahlt werden. Wenn durch die Krise der Neuen Heimat die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum gefährdet ist, ist das aber offensichtlich ein Problem in der Verantwortung des Staates und nicht der Gewerkschaften.

Zum zweiten ist zu fordern, daß es keine Sanierung der Neuen Heimat geben darf, die auf Kosten der Mieter und des sozialen Wohnungsbaus geht. Das bedeutet, daß die Mietpreis- und Belegungsbindungen der Wohnungen der Neuen Heimat auf jeden Fall erhalten bleiben müssen.

Schließlich hat laut „Welt" vom 21.1.86 Herr Genscher „alle, die es angeht" aufgefordert, „klar Nein zu sagen zu einem politischen Tauschhandel: Ja der Gewerkschaften bzgl. §116 und dafür Steuergelder für die Neue Heimat." Verwundert fragt man sich, warum Herr Genscher etwas so energisch ablehnt, was keiner gefordert hat. Wollte Genscher durch die Ablehnung die Idee überhaupt erst in die Diskussion bringen? Immerhin eine mögliche Erklärung.

Fairerweise muß man feststellen, daß kein führender DGB-Vertreter auf diese „Idee" angesprungen ist. Deshalb muß es aber kein schlechter Gedanke sein, dafür zu sorgen, daß es auch so bleibt.

„Verhältnismäßig, behutsam und zielgerecht“

Sare-Untersuchungsbericht rechtfertigt Polizeieinsatz

Als der hessische Innenminister Winterstein nach dem Tod Günther Sares in Frankfurt am 28.9.1985 den Einsatz eines „unabhängigen Beauftragten“ zur Untersuchung des Polizeieinsatzes an diesem Tag ankündigte, wurde er unter anderem von Bundesjustizminister Engelhard heftig angegriffen. Engelhard fand es „unfaßlich“, daß der Staatsanwaltschaft und der Polizei auf diese Weise ins Handwerk gepfuscht werden sollte. Der Justizminister damals wörtlich: „Die Einsetzung eines Sonderbeauftragten kann damit als Mißtrauensvotum gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft gedeutet werden. Das haben diese nicht verdient.“

Nun, wo der 62 Seiten starke Bericht von Dr. Günther Erkel, von 1971 bis 1982 Staatssekretär von verschiedenen sozialdemokratischen Justizministern auf dem Tisch liegt, kann der Fraktionsvorsitzende der hessischen CDU „Erleichterung und Genugtuung“ in den Reihen seiner Partei vermelden. Verständlich. Denn wie man einen Polizeieinsatz, bei dem ein Demonstrant durch einen Wasserwerfer zu Tode gekommen ist, noch polizeifreundlicher charakterisieren kann als mit den Worten „verhältnismäßig, behutsam und zielgerecht“, weiß wahrscheinlich auch die CDU nicht.

Aber offenbar spielt für Erkel die Frage, ob die Polizei die Schuld am Tod von Günther Sare trägt, für seine Beurteilung des Polizeieinsatzes sowieso keine Rolle. Denn zu dieser Frage heißt es in Erkels Untersuchungsbericht lapidar: „Der Bericht nimmt nicht dazu Stellung, welcher Umstand im einzelnen zu dem tödlichen Vorfall geführt hat und was die Todesursache gewesen ist. Insoweit bleibt das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main — 50 Js 28820/85 — abzuwarten, welches noch nicht abgeschlossen ist.“

Das allein — zur Hauptsache zu schweigen und der Polizei trotzdem ein „behutsames“ Vorgehen zu bescheinigen — wäre schon schlimm genug. Aber Erkel geht noch weiter. Denn die Tatsache, daß er nicht sagen kann,



Günther Sare liegt im Sterben. Freunde versuchen zu helfen — gegen den anfänglichen Widerstand der Polizei. Der Notarztwagen kommt erst nach 22 Minuten.

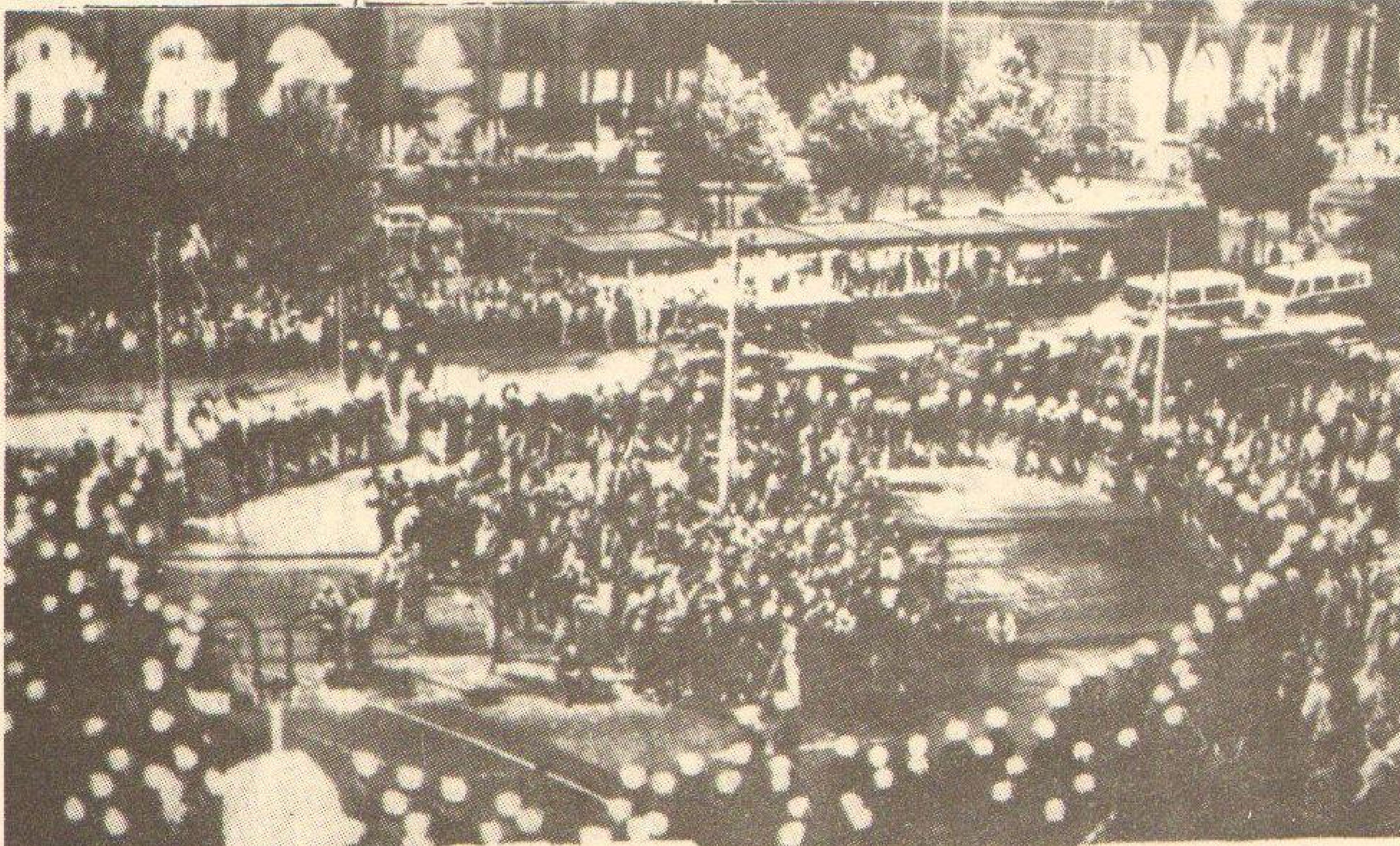
„welcher Umstand im einzelnen zu dem tödlichen Vorfall geführt hat“, hindert Erkel nicht daran, Günther Sare als „Störer“ zu diffamieren und zu unterstellen, daß er den Wasserwerfereinsatz, bei dem er ums Leben kam, selbst provoziert habe. Um zu erklären, warum der 26 Tonnen schwere Wasserwerfer 9 IV/I kurz vor 21 Uhr auf der Kreuzung Frankenallee/Hufnagelstraße zusätzlich zu einem anderen, kleineren Wasserwerfer, einen einzelnen Demonstranten unter Beschuß nahm, schreibt Erkel nämlich: „Die Annahme, der Störer (gemeint ist Günther Sare — RM) könne den Wasserwerfer angreifen und beschädigen oder sonst in seiner Funktionsfähigkeit beeinträchtigen, erscheint nicht realitätsfern.“ Wie Günther Sare den Wasserwerfer angeblich bedroht haben soll, erfährt man genauer aus dem gleichzeitig vom hessischen Justizminister Günther vorgelegten Zwischenbericht der Staatsanwaltschaft. Dort heißt es nämlich, daß eine Person, bei der es sich möglicherweise um Günther Sare gehandelt habe, sich dem Wasserwerfer mit einem etwa ein Meter langen Rundholz in der Hand bis auf rund 15 Meter genähert habe. Da die Besatzung angenommen habe, daß diese Person das Einsatzfahrzeug angreifen wolle, sei sie gezielt mit Wasser bespritzt worden und der zweite, 26 Tonnen schwere Wasserwerfer, sozusagen zur Verstärkung herbeigeeilt.

Zeugenaussagen bestätigen diese angebliche „Bewaffnung“ von Günther Sare nicht. Aber selbst wenn es so wäre! Wo sind wir denn, wenn der Einsatz von zwei Wasserwerfern gegen einen einzelnen Demonstranten damit gerechtfertigt werden soll, daß dieser Demonstrant einen Stock in der Hand hatte?

Über die Strategie der Polizei an diesem Tag findet Erkel in seinem Bericht nur lobende Worte. Fehler sind seiner Ansicht nach nicht erkennbar, die Einsatztaktik sei im Gegenteil darauf bedacht gewesen, „nach Möglichkeit zur Deeskalation beizutragen“. Diese Feststellung ist unglaublich. Schon die Tatsache, daß überhaupt so viel Polizei aufgeboten wird, um eine Versammlung der NPD gegen den Willen der demokratischen Öffentlichkeit zu erzwingen, ist eine Provokation. Aber dabei blieb es ja nicht. Nach Zeugenberichten haben Polizeitrupps immer wieder einzelnen NPD-Anhängern den Weg durch die Gegendemonstranten freigeprügelt. Und vor allem: nachdem die Kundgebung gegen die NPD friedlich zu Ende gegangen war, beschloß die Polizeiführung völlig willkürlich, die Kreuzung Frankenallee/Hufnagelstraße von Gegendemonstranten zu räumen. Mehrere hundert Polizisten und fünf Wasserwerfer waren im Einsatz gegen ca. 700 Demonstranten! Was ist an diesem bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch „deeskalierend, verhältnismäßig, behutsam und zielgerecht“?

Für Erkel alles. Denn für ihn gibt es „keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß die Polizei bei ihrer Einsatztaktik und bei ihren Einsätzen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt hätte.“

In Frankfurt kann also jetzt mit dem Segen eines „unabhängigen Beauftragten“ der hessischen Landesregierung weiter der Bürgerkrieg gegen Demonstranten geprobt werden — mit einem Riesenaufgebot an Polizei, mit Wasserwerfern und allem, was dazu gehört. Es sei denn, in der Landtagsdebatte Anfang Februar finden sich doch noch ein paar Abgeordnete, die wenigstens den lebensgefährlichen Wasserwerfereinsätzen ein Ende bereiten wollen. Was allerdings nach den Stellungnahmen der Parteien, die bisher vorliegen (s. nebenstehenden Kommentar), eher unwahrscheinlich ist.



Frankfurt kurz nach dem Tod von Günther Sare. Ca. 300 Demonstranten haben sich vor dem Hauptbahnhof versammelt. Hunderte von Polizisten haben sie umzingelt. Fünf Wasserwerfer sind auf sie gerichtet. Nach und nach werden alle Demonstranten festgenommen. — Auch das ein Beispiel für Verhältnismäßigkeit, Behutsamkeit und das Bemühen um Deeskalation seitens der Polizei?

Schlußpunkt?

Für die CDU war der Fall klar, nachdem der Untersuchungsbericht von Dr. Erkel im Innenausschuß des hessischen Landtags den Parteien vorgelegt worden war: die Beschuldigungen gegen die Polizei sind „wie ein Kartenhaus“ zusammengefallen — die CDU hat also mal wieder recht behalten. Dabei stört es die Christdemokraten wenig, daß die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind und Erkels Bericht zu den konkreten Todesumständen von Günter Sare nicht Stellung nimmt.

Sie wollen in der Landtagsdebatte Anfang Februar auf jeden Fall schon einmal politische Fakten schaffen: durch einen gemeinsam mit der FDP verfaßten Antrag, in dem es heißt, daß der hessische Landtag der Polizei sein Vertrauen ausspricht und durch einen erneuten Vorstoß gegen die Grünen, die wegen des Mordvorwurfs, den grüne Mitglieder seinerzeit gegen die Wasserwerferbesetzung erhoben haben, jetzt endgültig fertiggemacht werden sollen.

Es wird bei dieser Landtagsdebatte aber auch eine gemeinsam von CDU, FDP und SPD verfaßte Resolution vorliegen, die sich dem Fazit von Erkels Bericht anschließt und den Polizeieinsatz am 28.9.1985 als „verhältnismäßig, behutsam und zielgerecht“ verteidigt. Innenminister Winterstein, der vor knapp drei Monaten noch sehr erschüttert war über den Tod von Günther Sare und rücksichtslose Aufklärung wollte, steht mit seiner Freude über das „positive Ergebnis“ seines „unabhängigen Beauftragten“ in seiner Partei also nicht alleine.

Die Grünen haben als einzige Partei dieser Resolution im Innenausschuß des hessischen Landtags nicht zugestimmt, sondern den Erkel-Bericht als „Rechtfertigungsversuch“ verurteilt. Aber was nützt das, wenn — in Kenntnis dieses Berichts — die Mehrheit auf dem grünen Parteitag in Friedberg beschloß, die ursprüngliche Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß fallenzulassen? Es bedeutet nichts anderes als den bewußten Verzicht darauf, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um den Vertuschern das Leben so schwer wie möglich zu machen. Das Günther-Sare-Tribunal, das jetzt stattdessen stattfinden soll, wird deshalb von vielen hessischen Grünen als eine Alibi-Veranstaltung empfunden. Zu Recht.

Meldungen

W 18 im Bundestag

In der letzten Woche wurde im Bundestag in erster Lesung über einen Gesetzentwurf der Regierung zur Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate ab 1986 debattiert. SPD und Grüne sprachen sich gegen den Entwurf aus. (Zur Erinnerung: die Pläne für die Wehrdienstverlängerung stammen bereits aus dem Hause Apel). In der Debatte brachte der SPD-Abgeordnete Jungmann zur Sprache, daß das W18-Gesetz wahrscheinlich der erste Schritt zu einer tatsächlich geplanten Wehrdienstverlängerung auf 24 Monate sein soll.

In der gleichen Sitzung des Bundestages wurde auch über die geltende Regelung für die Kriegsdienstverweigerung beraten, die für den Ersatzdienst eine erheblich längere Dauer als für den Wehrdienst vorschreibt. Bleibt es bei dieser Regelung, müssen Kriegsdienstverweigerer ab 1989 einen 24monatigen Ersatzdienst ableisten. Für die Regierung verteidigte Rita Süssmuth die geltende Regelung. Abgeordnete der SPD und der Grünen kritisierten vor allem deren Abschreckungscharakter und die Tatsache, daß die Prüfungsverfahren keineswegs — wie von der Regierung versprochen — weggefallen sind.

Noch mehr Macht für Frey

Anfang des Jahres hat Gerhard Frey, Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ die „Deutsche Wochen-Zeitung“ (bisheriger Herausgeber Waldemar Schütz, ehemaliger SS-Hauptsturmführer, heute führender NPD-Funktionär) aufgekauft. Die „Deutsche National-Zeitung“ hat eine Druck-Auflage von 100000, das Kopfblatt „Deutscher Anzeiger“, das ebenfalls von Frey herausgegeben wird, eine Auflage von ca. 20000. Die jetzt neu dazugekommene „Deutsche Wochen-Zeitung“ hat ebenfalls eine Auflage von 20000, davon allein 1500 Abonnenten. In der ersten im Frey-Verlag erschienenen „Deutschen Wochen-Zeitung“ schreibt der alte Herausgeber Waldemar Schütz, dieser Presse-Zusammenschluß diene dazu, „die publizistische Schlagkraft des nationalbewußten Lagers zu erhöhen“.

Neuer Herausgeber der „Deutschen Wochen-Zeitung“ ist jetzt ein gewisser Reinhard Pozorny. Pozorny war NS-Gauleiter in Reichenberg und ist Gründungsmitglied der NPD. Er war außerdem früher Redakteur der „Sudetendeutschen Zeitung“ und ist Mitglied im „Witiko-Bund“. Gerüchte, die besagen, daß Frey auch das Mitteilungsblatt der schlesischen Landsmannschaft „Der Schlesier“ aufkaufen werde, scheinen in diesem Zusammenhang nicht aus der Luft gegriffen.

Ungeheuerlich

Ungeheuerlich ist, was der Bürgermeister von Kroschenbroich, Wilderich Freiherr von Mierbach Graf von Spree (daß Leute bald 60 Jahre nach Gründung der Republik immer noch so heißen dürfen!) in der Haushaltsdebatte von sich gab. Der Freiherr und Graf äußerte nämlich, daß „für den Ausgleich des Haushaltes einige reiche Juden erschlagen werden müßten."

Genauso ungeheuerlich aber ist, wie sein Parteifreund, der Fraktionsvorsitzende der CDU im Korschenbroicher Gemeinderat, reagierte. Dieser Hermann-Josef Kronen fand es nämlich ausgesprochen unpassend, daß die Jüdische Gemeinde Düsseldorf gegen den christdemokratischen Antisemiten Anzeige erstatten will. Kronen: „Der Bürgermeister hat sich in aller Öffentlichkeit entschuldigt und seine Äußerungen zurückgenommen." Damit sei die „Angelegenheit" für ihn „erledigt".

Kann man denn Worte, wie sie der Bürgermeister von Korschenbroich ausgesprochen hat, überhaupt zurücknehmen? Worte, die den Holocaust heraufbeschwören? Worte, die mit der gleichen — furchtbaren — buchhalterischen Nüchternheit auch damals gesprochen wurden?

In Korschenbroich wohnen 27000 Menschen. Werden sie sich auch mit dieser makabren öffentlichen Entschuldigung ihres Bürgermeisters zufrieden geben? — weil ja schließlich nichts passiert ist? Oder werden sie begreifen, daß sie diesen Bürgermeister davonjagen müssen, wenn den Anfängen gewehrt werden soll. Falls von „Anfängen" überhaupt noch die Rede sein kann.

Es ist wirklich erschreckkend, welche Schleusen Fellners Äußerung über die Juden, die sich immer dann zu Wort melden, wenn in deutschen Kassen Geld klimpere, geöffnet hat. Denn der Korschenbroicher Bürgermeister ist ja kein Einzelfall. In Briefen an jüdische Menschen, aber auch in Leserbriefen in Zeitungen äußert sich Antisemitismus in einem furchtbaren Ausmaß und in einer beängstigenden Aggressivität. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Denn wenn Kohl Fellner bescheinigt, daß seine Äußerung nicht antisemitisch sei, können auch alle anderen zunächst einmal davon ausgehen, daß die Regierung Verständnis für sie hat.

Urteil im Namen der Deutschen Bank

Im September des letzten Jahres hatte die Deutsche Bank der MLPD das Geschäftskonto gekündigt. Begründung: dadurch, daß die Bankverbindung auf Publikationen der MLPD betreibe, würde die MLPD mit dem Namen der Deutschen Bank für ihre Ziele werben. Noch brisanter wurde die Sache dadurch, daß Versuche der MLPD, z.B. bei der Sparkasse ein neues Konto einzurichten, fehlschlugen. Die Sparkasse weigerte sich nämlich, ein Konto für die MLPD einzurichten. Begründungen wurden nicht gegeben, aber der Verdacht auf eine Absprache unter den Geldinstituten lag natürlich nahe.

Die MLPD klagte gegen die Deutsche Bank. Über die Verhandlung, die vor dem Amtsgericht Essen stattfand, heißt es in einer Pressemitteilung der MLPD:

Am 24. Januar hat das Amtsgericht Essen die Klage der MLPD gegen die Deutsche Bank abgewiesen.

Die MLPD verlangt, die am 25. September 1985 aus politischen Gründen erfolgte Kündigung ihrer Geschäftskonten bei der Deutschen Bank für unwirksam zu erklären.

In der Klageabweisung wird zugegeben:

1. Die ursprüngliche Begründung der Deutschen Bank für die Konto-Kündigung, die MLPD werbe für ihre Ziele mit dem Namen der Deutschen Bank, ist „nur vorgeschoben und nicht ernst zu nehmen und in keiner Weise tragfähig."

2. Aufgrund der durch die Anwälte der MLPD vorgelegten Beweise nicht zu leugnen, daß eine „Boykottabsprache auf Initiative der Beklagten hin bestehen soll, die ... auch andere Banken veranlaßt haben soll, einen Kontoeröffnungsantrag der Klägerin abzulehnen."

Trotzdem weist das Amtsgericht Essen die Klage der MLPD ab! Die Begründung: Die Deutsche Bank besäße keine Monopolstellung bei der Kontovergabe, und der MLPD stehe es frei, ein Postgirokonto einzurichten.

Mit dem Urteil des Amtsgerichts Essen ist somit gerichtsnotorisch, daß die Deutsche Bank gegen ihr mißliebige politische Kräfte einen Konten-Boykott organisiert.

Das wird durch die Abweisung der Klage der MLPD gerichtlich abgesegnet. (...) Die MLPD kann sich damit nicht einverstanden erklären. Sie fordert alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf: Protestiert mit uns gegen das Urteil, das offensichtlich weniger „im Namen des Volkes", als im Namen der Deutschen Bank ergangen ist.

Gegen das Urteil des Amtsgerichts Essen wird die MLPD Berufung einlegen.

Die MLPD stellt gerne auf Anfrage eine Dokumentation über das Urteil und weiteres Material zur Verfügung.

Prozeß gegen Neonazi in Gelsenkirchen

„. . . die alten faschistischen Methoden"

Mitte Januar fand in Gelsenkirchen ein Prozeß gegen den 40jährigen Dortmunder Neonazi Georg Martin statt. Martin hatte zusammen mit einer jungen Frau einen Gelsenkirchener Schulleiter terrorisiert und zuletzt einen Brandanschlag gegen sein vor dem Haus geparktes Auto verübt. Der Staatsanwalt hatte 15 Monate beantragt. Das Gericht verhängte — offenbar unter dem Eindruck des Hamburger Skin-Head-Mordes — 19 Monate ohne Bewährung.

Der Gelsenkirchener Schulleiter — sein Name ist Wilhelm Funcke — hat im Herbst letzten Jahres im Rahmen eines antifaschistischen Hearings in Dortmund über „seinen Fall" berichtet. Es ist eine Geschichte über faschistischen Terror und über Polizisten, die am liebsten alles unter den Teppich kehren wollen. Wir veröffentlichen im Folgenden Wilhelm Funckes Bericht unwesentlich gekürzt.

„Ich bin in Gelsenkirchen Leiter eines Gymnasiums — das muß ich erwähnen, weil das wesentlich ist für meine Geschichte — an diesem Gymnasium gibt es etwa 30 Prozent türkische Schüler. Das ist etwas Besonderes, weil an Gymnasien im Schnitt — im Landesdurchschnitt — nur etwa 2 Prozent türkische Schüler sind. Am Ricarda-Huch-Gymnasium in Gelsenkirchen gibt es so viele türkische Schüler, weil das Kollegium sich vor acht Jahren schon entschlossen hat, besondere Maßnahmen zur Förderung türkischer Schüler anzubieten; deswegen sind inzwischen bis in die Jahrgangsstufe 12 hinein in jeder einzelnen Klasse sechs bis sieben türkische Schüler.

Die Geschichte fing an am Tag nach der Abiturientenentlassung in diesem Jahr. Da stand an dem Schulgebäude und an weiteren zwei Schulgebäuden in der Umgebung „Türken raus" und „Funcke ins KZ", „Funcke raus". Jeweils Hakenkreuze dazu. Eine Woche später stand dann an der Haustür meiner Privatwohnung „Funcke, wir werden dich töten", und diesmal war die Sache deutlicher: unterschrieben mit „FAP". Die Reaktion der Polizei: FAP kann's nicht gewesen sein, denn in Gelsenkirchen hat die FAP nicht kandidiert — es gibt in Gelsenkirchen keine FAP.

Die Drohung war auch gleichzeitig noch ein bißchen verstärkt worden dadurch, daß man die acht Reifen unserer beiden Autos, die da vor der Tür standen, bei gleicher Gelegenheit durchstochen hatte.

Eine Woche drauf, als wir uns so ein bißchen beruhigt hatten, kam dann ein Anruf: „Wir werden dich töten, du Vaterlandsverräter, deine Nachforschungen nützen dir überhauptnichts, du Wichser du.'

Wieder eine Woche drauf ein Steinwurf in die Drahtglastür, aber damit man auch wußte, wer's war, klebten zwei Aufkleber daneben mit der Aufschrift „Türken raus" — in deutsch und türkisch, sinnigerweise — mit der Unterschrift „Bürgerinitiative für die Deutsche Arbeiterpartei Duisburg".

Am Tag drauf, immer zur nächtlichen Stunde, ‚Denk an gestern, morgen bist du dran, du Schwein!'

Einige Tage später ein anonymer Brief. Absender: ‚Komitee der Führer lebt', ein Todesurteil, ‚zu vollziestrecken am Tag nach der Machtübernahme in einer mehrstündigen Prozedur'.

Danach kamen die Sommerferien. Es beruhigte sich etwas. Aber nach den Sommerferien ging's erst richtig los.

In zwei Nächten hat die Polizei, die inzwischen das Haus observierte, ein Pärchen beobachtet, das zwei bis drei Stunden lang jeweils das Gelände genau inspizierte, offensichtlich um festzustellen, ob das Haus von der Polizei beobachtet würde.

Die Polizei hat auch gesehen, wie die beiden unseren Briefkasten genauestens untersucht haben. Und da die Polizei wußte, um wen es sich handelte — eine Petra Lackmann aus Gelsenkirchen und einen Georg Martin aus Dortmund-Asseln — nahm sie an, daß es einen größeren Anschlag geben würde. Sie sah die Situation für so gefährlich an, daß sie uns riet, nicht nachts in der Wohnung zu sein; an dem folgenden Wochenende würde etwas passieren. Ein Brandanschlag oder Schlimmeres wurde nicht ausgeschlossen.



Als an dem Wochenende nichts passiert war, sagte die Polizei uns, ‚Ziehen Sie wieder ein, Sie brauchen keine Angst zu haben, wir sind da, ein Beamter vor dem Haus, ein Hundeführer hinter dem Haus, ein Wagen links mit zwei Mann Besatzung, ein Wagen rechts mit zwei Mann Besatzung, die Leute werden kommen. Aber sie können ruhig kommen, sie arbeiten dann unter Polizeiaufsicht. Wir lassen sie 'rankommen, lassen sie auch ihren Kanister heranschleppen, auch ihre Flüssigkeit ausgießen, aber: bevor sie die anzünden könnten, haben wir zugepackt.'

Ich hab' mir zwei Feuerlöscher aus dem Chemieraum besorgt und neben mein Bett gelegt. In der übernächsten Nacht brauchte ich sie. Die Polizei hatte sich nämlich um 1 Uhr schlafen gelegt. Um drei Uhr — viertel vor drei — waren die beiden wieder da. Sie haben eine Plastiktüte mit Benzin über einen Wagen gegossen und angesteckt. Der Wagen ist völlig ausgebrannt, wir haben aber eine Explosion verhindern können. Die Polizei war nicht da, hat aber dann beide am folgenden Tag festgenommen und auch beide Wohnungen durchsucht. Ein Beamter hat uns gesagt, daß in beiden Wohnungen FAP-Ausweise gefunden worden seien. — Das war nachher nicht mehr so. Nachher hieß es nur noch „neonazistische Ausweise', seien gefunden worden, und ganz zum Schluß war es nur noch ‚neonazistisches Material', das jeder Bürger, wenn er mal durch die Geschäftsstraßen geht, auch in die Hand gedrückt bekommen kann.

Am Abend der Festnahme habe ich dann bei der Polizei angerufen, um nachzufragen, ob wir mit Racheakten von irgendwelchen Gesinnungsgenossen rechnen müßten. Die Polizei hat gesagt ‚Ja, kann sein, können wir nicht ausschließen', im übrigen sind die beiden wieder freigelassen, denn der Staatsanwalt schätzt die Beweislage als sehr vage ein — obwohl es zwei Tatzeugen gibt! — ‚und außerdem handelt es sich lediglich um Sachbeschädigung'.

Ich habe dann den Schuldezernenten, meinen Ansprechpartner in der Stadt, gebeten, doch noch für Polizeischutz zu sorgen. Nachdem der Oberstadtdirektor eingeschaltet worden war, ging es dann schließlich doch. Von da an hat die Polizei sehr demonstrativ Schutz gewährt: es stand dann Tag und Nacht ein Mannschaftswagen vor der Tür mit einem bzw. nachts zwei Mann besatzung.

Seitdem ist so konkret nichts mehr passiert. Wohl jedoch sind eine ganze Menge Anrufe und Drohbriefe doch gekommen. Vom ‚SS-Obersturmführer-Heydrich-Kommando', von der ‚Kampfgruppe Stahlhelm Gau Weserbergland' usw.

Nach dem Ergebnis der kriminaltechnischen Untersuchungen ist der eine vermutliche Täter doch wieder in Haft genommen worden. Er sitzt weiterhin in Untersuchungshaft. Und inzwischen haben wir auch erfahren, daß dieser Mann wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz — rechtskräftig verurteilt worden ist, zu einer Freiheitsstrafe von ich glaube mindestens einem Jahr, allerdings unter Bewährung. Wenn ich mir das vorstelle, kommt mir die Tatsache, daß die Polizei um 1 Uhr den Polizeischutz abgebrochen hat, ohne uns zu benachrichtigen, noch — ja, ich würde beinah sagen, krimineller vor.

Das sind eigentlich so die Hauptvorfälle. Ich glaube, über die Gefühle, die man bei solchen Sachen hat, brauch' ich nicht viel zu sagen. Die Sachen gehen sehr unter die Haut.

Die Polizei hat die Vorfälle erst auf die persönliche Schiene schieben wollen, hat mir gesagt: „Sie kennen das doch. Wir haben auch nicht immer alle Lehrer gerne gemocht. Fragen Sie sich mal ganz ehrlich, ob sie in der letzten Zeit nicht irgendwelche Schüler ungerecht behandelt haben.' Vor etwa einer Woche ist ein Kollege unserer Schule von zwei Jugendlichen, als er vom Schulgelände runterging, ja ich sag mal, angemacht worden: Hitler-Gruß, und dann hieß es: ‚Na, du alter Judenficker, kommst aus der Judenschule, du Sternträger du'. Daraufhin hat er Anzeige erstattet. Die Polizei — das 14. Kommissariat — hatte Fotos. Er hat die beiden wiedererkannt. Die Polizei hat ihn daraufhin gebeten, doch bitte keine Anzeige zu erstatten, denn auf diese Art und Weise könnte man ja gerade diese armen harmlosen Jugendlichen in das rechte Lager rücken ...

Die Polizei wußte aber, daß der Hauptmatador von den beiden drei Tage danach einen Gerichtstermin hatte. Da ist er wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr Freiheitsentzug ohne Bewährung verurteilt worden. (...)

Fazit für mich ist, daß die FAP die alten faschistischen Methoden anwendet, Gewalt gegen einzelne, die sie sich herauspickt, um nicht nur diesen einzelnen, sondern alle demokratischen Kräfte einzuschüchtern. Ähnliche Einschüchterungsversuche gibt es offensichtlich auch an anderen Schulen, die ebenfalls für türkische Schüler besondere Förderungsmaßnahmen einrichten, so in Recklinghausen und in Duisburg."

Dänemark

Kontroverse mit der EG

Innerhalb der EG gibt es einen großen Krach um die Haltung Dänemarks zu einem Bündel von Reformen der EG-Gründungsverträge. Die Reformen sehen vor, einerseits die Kompetenzen des Europaparlaments zu stärken, das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen innerhalb der Gemeinschaft einzuführen und die bisherige Möglichkeit des Vetorechts einzelner Staaten enorm zu erschweren. Die geplante Reform der Römischen Verträge (auf denen die EG beruht) sollte am 27. Januar unterschrieben werden. Das dänische Parlament hat diesen Plänen aber eine eindeutige Absage erteilt. Aufgrund der starken Anti-EG-Stimmung im Lande (bei den letzten Europaparlamentswahlen gewann eine Anti-EG-Partei allein 21 Prozent der Stimmen) will die dänische Regierung jetzt ein Referendum über die Reformvorschläge durchführen. Zwar ist das Ergebnis für die Regierung nicht bindend, aber es ist klar, daß diese Volksabstimmung zu einer Abstimmung für die EG-Mitgliedschaft Dänemarks überhaupt wird.

Die anderen EG-Staaten haben die Haltung Dänemarks verurteilt. Die italienische, französische und belgische Regierung haben verlauten lassen, sie würden über die geplanten Änderungen nicht neu verhandeln. Es wird jetzt überlegt, die Änderung der Römischen Verträge von den 11 zustimmungswilligen Staaten unterzeichnen zu lassen. Welchen Status Dänemerk dann in der EG hat, ist völlig unklar.

Bolivien

Streikführer verhaftet

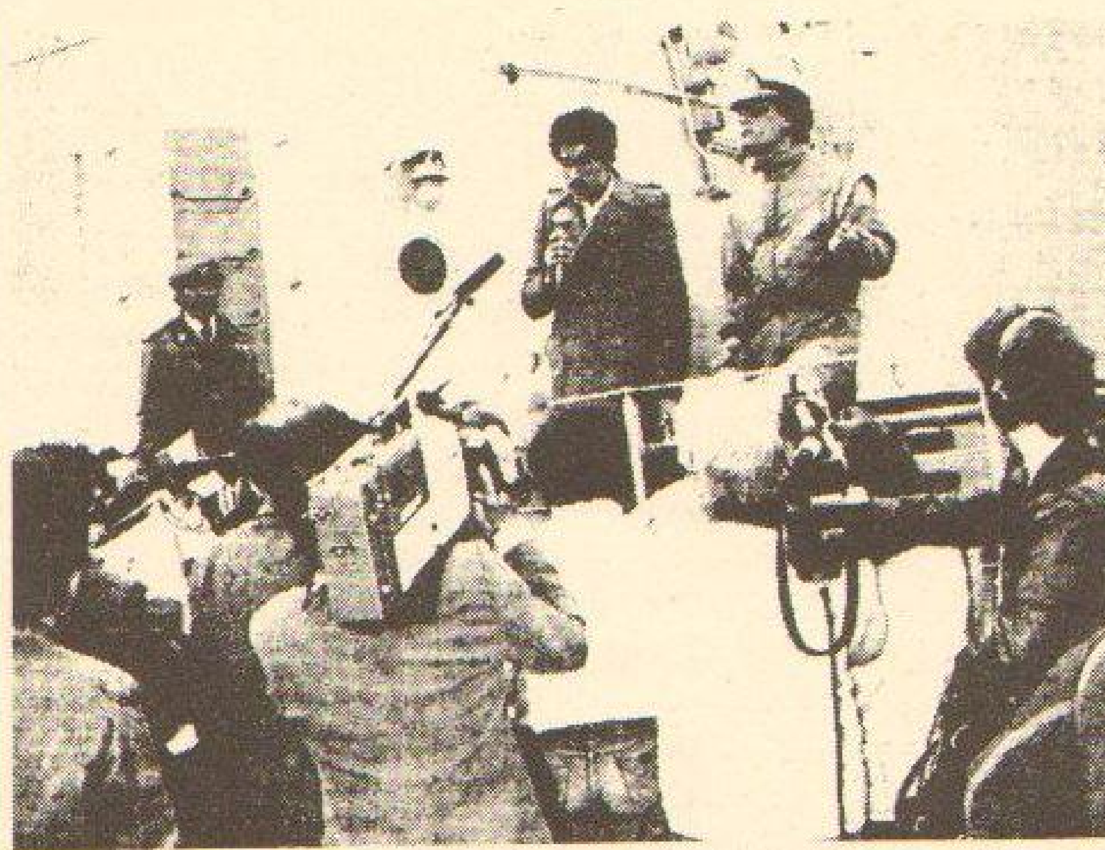
Nach einem 24stündigen Generalstreik sind in Bolivien zwölf Arbeiterführer verhaftet worden. Aus Protest gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung hatten die Gewerkschaften zu einem Streik aufgerufen, der die Forderungen nach massiven Lohnerhöhungen unterstützen solle. Das durchschnittliche Arbeitereinkommen beträgt zur Zeit monatlich 45 Millionen Pesos — was aber lediglich dem Wert von 18 Dollar oder 45 Mark entspricht. Nach Regierungsangaben betrug die Inflationsrate 1985 8170 Prozent, UNO-Experten bezifferten sie auf 13000 Prozent. Die letzte Streikbewegung im vergangenen Jahr beantwortete die Regierung mit der Verlängerung eines dreimonatigen Belagerungszustandes. Die jetzigen Verhaftungen deuten auf ein erneutes hartes Vorgehen der Herrschenden.

Provokative US-Manöver

Weiter Druck auf Libyen

Der stellvertretende US-Außenminister Withehead reiste in der vergangenen Woche durch Westeuropa, um die Verbündeten der USA „auf Kurs“ zu bringen. Den Kurs gibt die US-Regierung an: Verstärkter Druck, offene militärische Bedrohung gegen Libyen, das sich seit Wochen einer Hetz- und Verleumdungskampagne ausgesetzt sieht.

Seit den Bombenanschlägen von Wien und Rom ist Libyen — und damit der Staatschef — Opfer einer gefährlichen, kriegstreiberischen Hetze der USA geworden. Moammar al-Ghaddafi ist zum internationalen Buhmann Nr. 1 geworden, „Terroristenbeschützer“, „Drahtzieher aller Verbrechen“ so und ähnlich lauten viele Schlagzeilen, die — bis heute völlig unbewiesen — Libyen und seine Führung zum „Zentrum des internationalen Terrorismus“ erklären.



Reaktion auf die US-Militärprovokation: Libyens Staatschef auf einem Schnellboot vor der Fahrt in das bedrohte Gewässer der Großen Syrte.

Nach dem schnell verkündeten totalen Wirtschaftsboykott durch die USA — der RM berichtete — hat Ronald Reagan seinen Vizeaußenminister auf Europatournee geschickt, um zu erreichen, daß die westeuropäischen Staaten sich trotz ihrer weitgehenden Wirtschaftsbeziehungen der Kampagne gegen Libyen anschließen. Withehead hat von der Bundesregierung Maßnahmen in vier Bereichen gefordert. Zum einen solle Westdeutschland seine Öleinfuhren aus Libyen reduzieren, die Anzahl der Flugverbindungen von Frankfurt nach Tripolis einschränken, die Lieferung von moderner Technologie wie Computern und Kommunikationsanlagen verbieten und schließlich die libysche Botschaft in Bonn schärfer zu überwachen. Aus Bonn kamen hehre Beteuerungen über den Willen, die Ernsthaftigkeit und die bisherigen Anstrengungen im Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“. Daß die Bonner Regierung sich dem Wirtschaftsboykott und den Sanktionen der USA nicht anschließen mag, liegt aber keineswegs daran, daß man die US-offizielle Einschätzung Ghaddafis nicht teilt, nein, der Grund liegt einfach in den guten Geschäften westdeutscher Konzerne in und mit Libyen. Mit fast 10 Milliarden DM Hermes(Bundes-)Bürgschaften abgesichert sind maßgebliche Kreise des westdeutschen Kapitals nicht an einem Boykott oder an Sanktionen interessiert. In ähnlicher Lage sind andere westeuropäische Staaten, Italien etwa oder Frankreich.

Eine zunächst für den 21. Januar nach Den Haag einberufene EG-Ministerkonferenz wurde auf den 27. Januar verschoben. Im allgemeinen wird damit gerechnet, daß die westeuropäischen Staaten zwar ein großes verbales Geschrei gegen den „internationalen Terrorismus“ anstimmen werden, aber keinerlei ernsthaften wirtschaftlichen oder politischen Schritte gegen Libyen beschließen werden. Dennoch ist die Situation gefährlich. Denn auch ohne daß die EG-Staaten sich mit ihrer Wirtschafts- und Militärmacht direkt gegen Libyen wenden, stimmen fast alle Regierungen in die Hetz- und Verleumdungskampagne ein, schüren sie Kriegshetze. Bis heute gibt es kein kritisches Wort gegen die neueste Provokation der USA gegen Libyen.

Seit dem 24. Januar kreuzen starke Verbände der VI. US-Flotte vor Libyen. Sie veranstalten ein Militärmanöver, das eine offene Kriegsdrohung, ein Einschüchterungsmanöver ist. Vor allem bedrohen sie wieder einmal das Seegebiet der „Großen Syrte“, das Libyen als Hoheitsgewässer beansprucht, das die USA aber schon öfter als Feld für ihre militärische Machtdemonstrationen im Mittelmeer beansprucht haben.

Libyen läßt sich bislang von den Drohungen nicht beeindrucken. Als Reaktion auf die Provokation der US-Marine hat sich der libysche Staatschef am vergangenen Samstag an Bord eines Raketenschnellbootes der libyschen Marine bei der Großen Syrte begeben. Bei einer Pressekonferenz auf dem Schiff im Hafen von Misurata sagte Ghaddafi, Libyen könne nicht *„ewig geduldig unter dem internationalen Terrorismus Amerikas leben.“* Er werde mit dem Schnellboot quer durch die Große Syrte fahren, um den libyschen Anspruch auf die Bucht zu untermauern. Er bekräftigte, daß Libyen die Große Syrte als Teil seines Hoheitsgebietes betrachte und appellierte an die Welt, die USA davon abzuhalten, innerhalb der libyschen Gebiete Manöver abzuhalten. Proteste gegen die militärische Drohung der USA gegen Libyen aus westeuropäischen Regierungskreisen steht bis heute noch aus. Lediglich die griechische Regierung ließ verlauten, sie habe allen Betroffenen klargemacht, daß eine Benutzung von US-Stützpunkten in Griechenland für Aktionen gegen befreundete Staaten, wie Libyen, nicht zugelassen würden.

6000 Drucker nach Streik entlassen



Der britische Milliardär und Zeitungszar Rupert Murdoch — dem neben dem täglich mit vier Millionen Auflage erscheinenden Boulevardblatt „Sun“ noch drei andere Zeitungen gehören (u.a. die „Times“) hat in London und Glasgow zwei hochmoderne Druckereien gebaut. Zunächst als „zusätzliche Kapazität“ deklariert, stellte sich schnell heraus, daß die Produktion insgesamt dorthin verlegt werden soll

Murdoch wollte für die neuen Arbeitsplätze ein Abkommen schließen, das ein Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Kampfaktionen enthielt und das Recht der Konzernleitung in die Wahlen gewerkschaftlicher Gremien einzugreifen. Die Drucker wiesen diese Provokation zurück und traten in den Streik. Samstag erschien keines der Murdoch-Blätter, der Zeitungs-Zar entließ alle 6000 Drucker. Mit Hilfe von Streikbrechern — Elektrikern, die die neuen modernen Maschinen aufgestellt und eingefahren hatten wurden am Sonntag dann Zeitungen gedruckt. In den neuen Fabriken, von Stacheldrahtverhauen abgesichert und starken Polizeikräften bewacht. Die Drucker hoffen jetzt auf — nach britischen Gesetzen verbotenen — Solidaritätsaktionen anderer Gewerkschaften.

PALÄSTINA BULLETIN



Im „Palästina Bulletin“ der „Informationsstelle Palästina“ aus Bonn fanden wir einen ironischen, schon fast bitteren Kommentar zur Europareise des israelischen Regierungschefs Peres. Aus Platzgründen können wir nur einen Teil des Artikels von Georg Baltissen veröffentlichen.

Peres in Europa

— Eine märchenhafte Reise —

Im Märchen verkleidet sich der Wolf als Großmutter, um „Rotkäppchen“ zu täuschen. Und in den „Sieben Geißlein“ frißt er Kreide, um unerkannt ins Haus eingelassen zu werden. Ein Märchen ähnlichen Strickmusters scheint der israelische Ministerpräsident Peres mit seiner Europa-Tournee schreiben zu wollen. Titel: „Der kreidefressende Premier“.

Selten hat sich ein israelischer Regierungschef im Ausland derart verständnisvoll, moderat und friedensbereit gegenüber den Arabern gezeigt wie Peres zu Beginn seiner Reise in Den Haag. Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Spanien — nicht zuletzt auf Vermittlung der EG — mag ihn in eine euphorische Stimmung versetzt haben, ist dies doch seit Jahren einer der wenigen echten diplomatischen Erfolge für Israel. Jedenfalls äußerte der Premier Überraschendes:

„Wir sind dabei, mit König Hussein und dem palästinensischen Volk ganz ernsthaft zu verhandeln“, sagte er auf einem Festbankett in Den Haag. Ja, er meinte sogar, die Israelis hätten viel Verständnis für das Palästina-Problem.

Nein, Nein. Jene Kritiker haben gänzlich unrecht, die da sagen, nach mehr als 50 Jahren Beschäftigung mit diesem Problem sei dies zu erwarten gewesen. Es geziemt sich natürlich ebensowenig, einen so hohen Staatsgast nach dem Woher von so viel Verständnis zu fragen oder ihn gar mit isarelischen Meinungsumfragen zu traktieren, die das gerade Gegenteil zeigen und, zumindest vorerst, ein Anwachsen des israelischen Rassismus — Stichwort Kahane — prophezeien. Und bei so guten Absichten scheut man sich direkt, Herrn Peres auf die von ihm eingeleitete Politik der „Eisernen Faust“ in den besetzten Gebieten anzusprechen. Daß er — natürlich — nur Unruhestifter seit einem halben Jahr wider kurzerhand deportieren läßt — bei uns sagt man ausbürgern —, wird gewiß auf die eine oder andere Art dem Frieden dienen. Auch die Verhängung der Administrativhaft, der sich seit September mehr als 150 Palästinenser erfreuen können, dürfte nur dem „Kampf gegen den Terrorismus“ geschuldet sein. Und daß Gewerkschafter, Intellektuelle, Studentenratsvorsitzende, Apotheker, Arbeiter, wenn sie Palästinenser sind, auch „Terroristen“ sind, zumindest potentiell, daran wird doch die westliche Welt nicht zweifeln können. Und daß diesen weder eine Anklage zugestellt wird noch eine Verteidigungsmöglichkeit offensteht, wenn sie für sechs Monate aus dem Verkehr gezogen werden, gilt der Ausmerzung des „Terrorismus“ und damit dem Frieden.

Auch Ausgangssperren und Häusersprengungen gibt es nur auf Verdacht — pardon auf den Verdacht hin, daß Familienmitglieder oder eben Dorf- und Stadtbewohner einer feindlichen, genau „terroristischen“ Organisation angehören. Aber da gibt es noch dieses böse Gerücht, Israel enteigne palästinensischen Boden. Beileibe nicht. Alles Staatsland. Und wenn nicht, gibt es immer noch Gesetze — britische, israelische, jordanische —, wie es beliebt, und natürich die in ihrer Nützlichkeit nicht zu unterschätzenden 1000 Militärerlasse. Jawohl, Israel ist ein Rechtsstaat. Und es will den Frieden.

Daß dieser „israelische Frieden“ für mehr als 2,5 Millionen Palästinenser ein Leben außerhalb ihrer Heimat, im Exil vorsieht, kann so schlimm doch nicht sein. Von den 16 Millionen Juden in der Welt leben doch auch nur 3,5 Millionen in Israel. (...)

An großen und friedlichen Worten hat Peres es in Den Haag wahrlich nicht mangeln lassen. So sagte er, daß Israel fünf Kriege geführt und gewonnen habe, aber keinen Sieg mehr brauche, sondern eine Lösung. Fürwahr! Nur: Umwievielmehr muß dies für jene gelten, die in diesen fünf Kriegen unterlegen waren, die Heimat und Besitz gegen Besatzung und Exil tauschen mußten, die keinen Staat, keine Sicherheit, keinen Paß haben: die Palästinenser!

★★★★★★★★★

Wichtige Neu-erscheinung



Eine lesenswerte, informative und in vielerlei Hinsicht hilfreiche Broschüre zum Kampf der Schwarzen in südlichen Afrika ist jetzt erschienen:

Südafrika Geschichte, Kultur, Widerstand ist der Titel des Heftes, das der Arbeitskreis Afrika-AKAFRIK, die AZANIA-Koordination für Projekte, Kultur und Bildung e.V. und das Informationszentrum 3. Welt (iz3w) herausgebracht haben. Auf 60 reich bebilderten Seiten (mit vielen Anzeigen für Bücher und Informationsmaterial) finden sich u. a. folgende Beiträge:

Zeit der Landnahme/ Rassismus mit System / Repression und Widerstand / Freiheitscarta contra Black Consiousness? / Gedanken zu einem gesellschaftlichen Anachronismus / „Die Bewegung wird von den Ghettos auf die Fabriken übergehen" / Der niedrigste Lohn ist noch zu hoch/ Und wenn Du dazu noch Frau bis / Struktur und Krise der südafrikanischen Wirtschaft / Schwarze Arbeiter im Kampf gegen Kapital und Rassismus / Fremde im eigenen Land / Krieg der Worte / Literaturliste, Filme Gruppenadressen.

Die Herausgeber schreiben in ihrem Vorwort: *„Mit dieser Broschüre richten wir uns an Dich, liebe Leserin, lieber Leser, nicht nur, damit Du Dich befriedigt in Deinen Sessel zurücklehnen kannst: „Aha, jetzt blick' ich also durch in Südafrika", sondern vor allem, um Dich anzuregen, Dich an Deinem Wohnort mit Leuten zusammenzusetzen und sinnvolle Aktionen zu richten gegen die, die von der Ausbeutung profitieren und an die, die vielleicht immer noch unbewußt an diesem Profit teilhaben."*

Die Broschüre — 60 Seiten, DIN A 4) kann man zum Preis von 3,— DM bestellen bei:

AZAKO — AZANIA-KOORDINATION —
für Projekte, Kultur und Bildung e.V.
An den Mühlen 25
4400 Münster
Tel.: (0251) 521302

Lesotho

Südafrika ließ putschen

Im völlig von Südafrika eingeschlossenen Königreich Lesotho kam es Anfang der vergangenen Woche zu einem Putsch. Das kleine Land — nicht nur aus seiner geographischen Lage heraus in fast jeder Beziehung von Südafrika abhängig — war trotz des massiven Einflusses Pretorias den Rassisten unbequem, vielleicht sogar gefährlich geworden.

Die bisherige Regierung Leabua Jonathan wurde gestürzt, weil man ihr unterstellte, Angehörigen der südafrikansichen Befreiungsbewegung ANC Unterschlupf zu gewähren und Aktionen gegen Südafrika von Lesotho aus zu dulden. Repressionen Südafrikas, wie die Sperrung der Grenzen — praktisch eine Totalblockade Lesothos, deuteten schon einige Zeit daraufhin, daß Lesothos Politik den südafrikanischen Rassisten ein Dorn im Auge war.

Am vergangenen Montag übernahm dann ein Militärrat unter einem Generalmajor Justin Lekhanya die Macht in Lesotho. Das war nur nach der Blockade des Landes durch Südafrika, den starken wirtschaftlichen Druck und direkte militärische Einmischung möglich. Noch am Sonntag hatte der alte Regierungschef Jonathan Beschuldigungen gegen Südafrika erhoben. Botha nannte ihn den „größten destabilisierenden Faktor" in Lesotho. Allein die Tatsache, daß sich die Verhältnisse an den Grenzen nach dem Putsch schlagartig besserten, zeigen das Einverständnis Südafrikas mit dem neuen Militärrat. Eine Wirtschaftsdelegation reiste sofort nach Pretoria, die neuen starken Männer versicherten, alle ANC-Mitglieder, die in Lesotho seien, würden deportiert.

Mittlerweile gibt es neue Drohungen der südafrikanischen Regierung. Sie richten sich gegen die nördlichen Nachbarstaaten, denen ebenfalls vorgeworfen wird, den ANC-Mitgliedern Asyl zu gewähren und Operationen von ihrem Territorium gegen Südafrika zuzulassen. Schon öfter sind solchen Verleumdungen militärische „Strafaktionen" gegen die sogenannten „Frontstaaten" gefolgt. Der ANC wies diese Vorwürfe zurück und erklärte, er operiere ausschließlich aus Südafrika. Mit derartigen Vorwürfen, so der ANC, versuchte Pretoria seine aggressiven Ausfälle gegen die unabhängigen Nachbarländer zu rechtfertigen, und sie für das Anwachsen des Kampfes der schwarzen Bevölkerung Südafrikas gegen das Apartheidsregime verantwortlich zu machen.

Mit BKA-Unterstützung

Polizeireise nach Südafrika

Vom 3. bis zum 22. Februar starten rund 40 Beamte zu einer Polizistensonderreise nach Südafrika. Nach Auskunft des Veranstalters, der ipd-Tours in Köln-Wesseling wurde die Reise unter aktiver Teilnahme von Beamten des Bundeskriminalamtes organisiert. Wie das Studentenmagazin „rote blätter" herausfand, hat ipd-Tours in einem „Herrn Landes" die „Kontaktperson". Er ist BKA-Mann in Meckenheim.

Die Reisegruppe soll die „liebenswürdigen, aufgeschlossenen Südafrikaner" und das „zauberhafte Land" kennenlernen. Zugestanden wird, daß einige Teilnehmer vielleicht mit „einer gewissen Skepsis" nach Südafrika fahren, aber die Veranstalter versichern, bislang sei noch jeder Reisende „als Südafrikafreund zurückgekommen". Der Veranstalter bietet auch ein „Spezialprogramm" an. Das ist, so ipd-Tours „in Zusammenarbeit mit südafrikanischen und deutschen Polizeistellen ausgearbeitet" worden. Es umfaßt Besuche in Trainingscamps für Hunde, sowie für schwarze, indische und farbige Polizisten — so die Reihenfolge im Reiseprospekt.

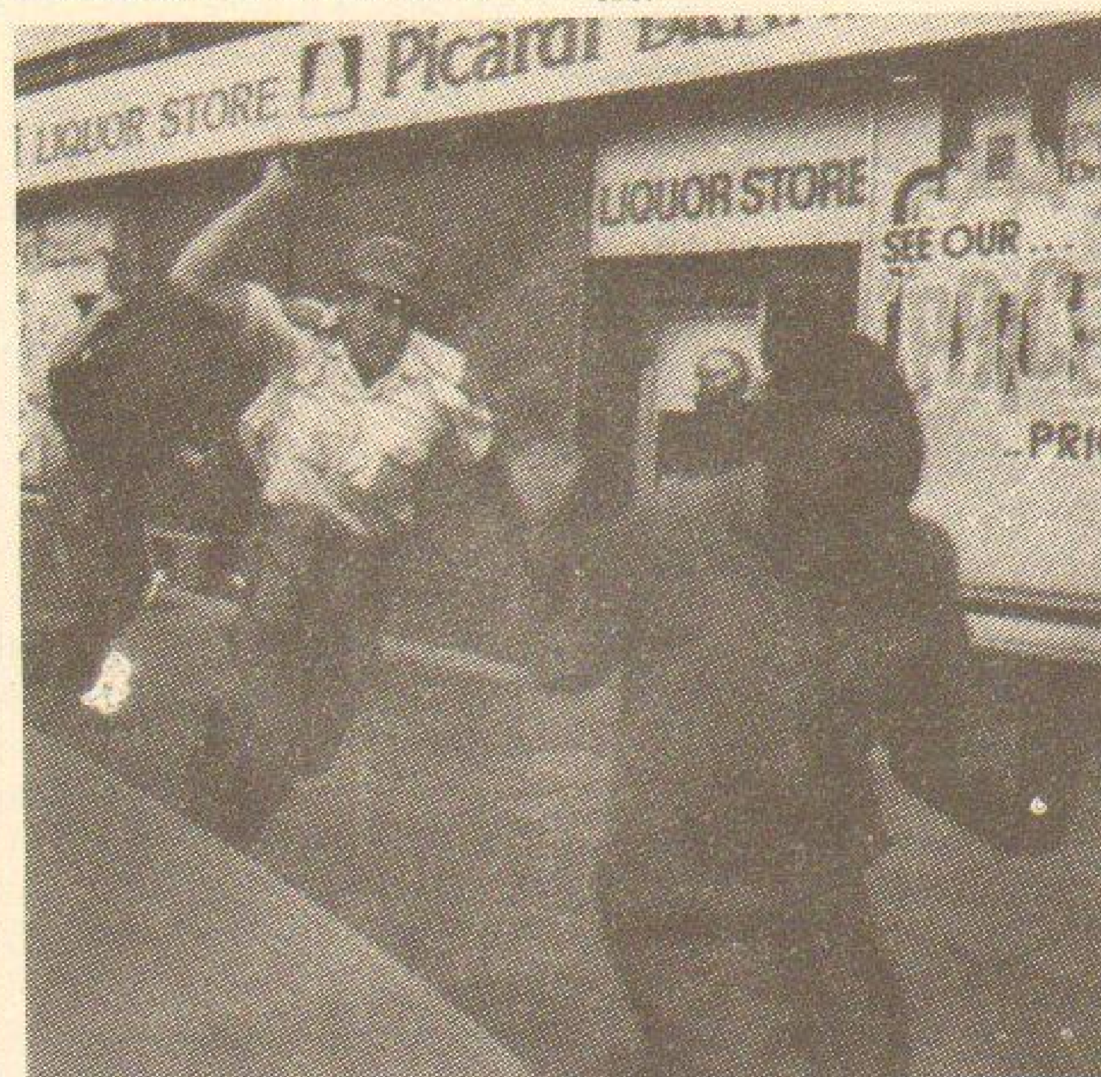
Auf Nachfrage von Abgeordneten der Grünen in Bonn stellte sich das Bundesinnenministerium stur: Die Bundesregierung sieht es nach Angaben des Sprechers des Innenministeriums „nicht als ihre Aufgabe an, zu privaten Reisen — ganz egal von wem — eine Meinung zu äußern".

So ganz privat ist die Angelegenheit aber wirklich nicht. So hat die südafrikanische Botschaft zugegeben, dem Herrn Hartel (dem Geschäftsführer von ipd-Tours) ein „bißchen assistiert" zu haben. Und Landes, der BKA-Kontaktmann für die Reise, der in seinem Dienstzimmer eine Erinnerungsmedaille und eine Fahne Südafrikas aufbewahrt, ist nach eigenen Aussagen mit Südafrika „stark liiert". Landes hat bei seinen Reisen nach Südafrika unter anderem auch ein Dankschreiben der Landshuter Polizeiinspektion gefunden, daß sich bei südafrikanischen Polizisten für die gute Beteuung bei einem Besuch bedankte.

Gute Beziehungen gibt es auch im Bereich Polizeisport. So reisten 1982 24 Mitglieder des TSV-Unterhaching nach Südafrika, 1983 waren südafrikanische Polizisten nach München eingeladen.

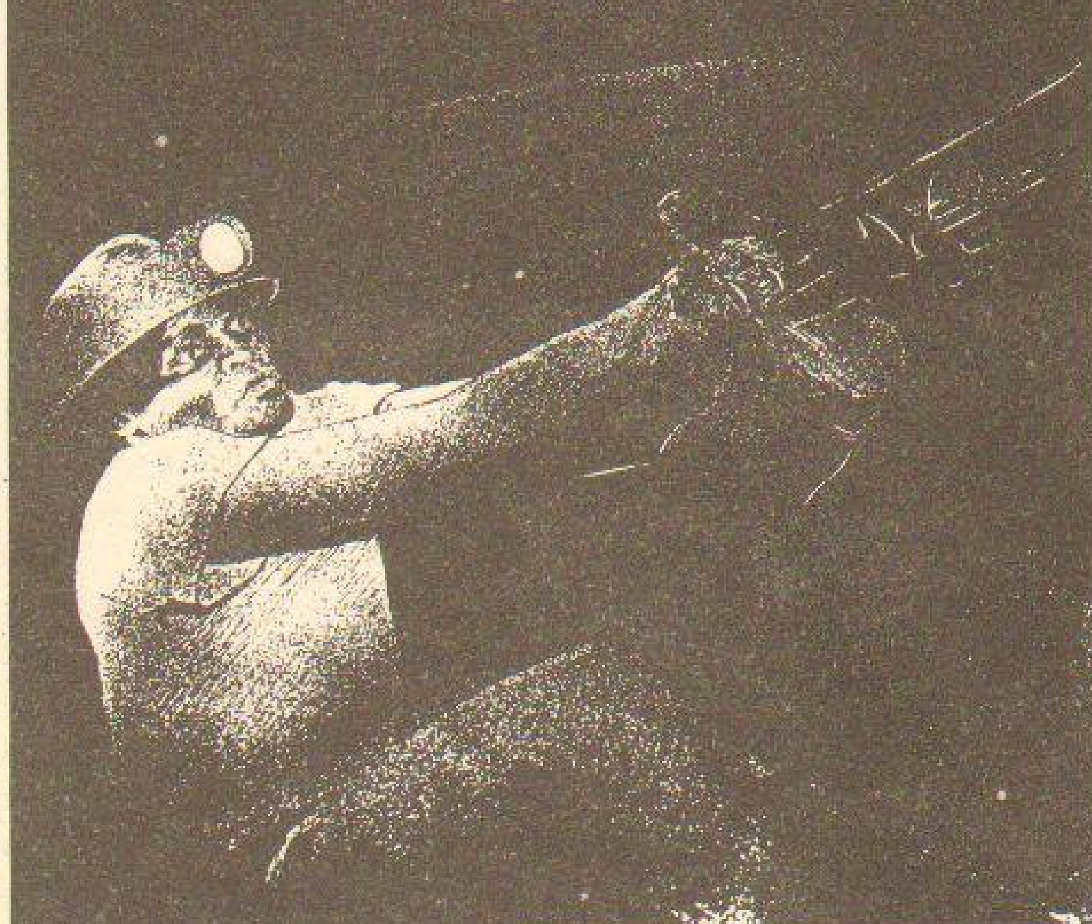
Gute Kontakte zwischen der Polizei der Bundesrepublik und Südafrika werden auch über die „International Police Association" (IPA) gepflegt. Präsident dieser Sektion ist der Wiesbadener BKA-Mann Jürgen Klös. Die IPA hatte auf ihrem Kongreß in Wiesbaden 1982 eine „Sektion Südafrika" aufgenommen. Es gab Proteste aus der UNO, wo die internationale Polizeiorganisation einen Beraterstatus im Wirtschafts- und Sozialrat besitzt. Vor die Entscheidung gestellt, auf die Südafrika-Sektion zu verzichten oder den UN-Beraterstatus zu verlieren, entschieden sich Klös und seine Freunde für die südafrikanische Polizei. Und noch im April 1985 konnten die Zeitung der südafrikanischen IPA-Mitglieder über einen Besuch in Hamburg berichten.

Welche Meinung über den Rassistenstaat in höheren Polizei-, Geheimpolizei- und Nachrichtendienstkreisen besteht, bezeugt zum Beispiel der frühere Kollege von Landes, Brigadegeneral a.D. Udo Ritgen, zuletzt Chef der militärischen Lageanalyse im BND. Er bezeichnete noch im März 1984 Südafrika als „einzigen stabilen Faktor in Afrika". Der rege Reiseverkehr und die Zusammenarbeit westdeutscher und südafrikanischer Polizeistellen soll wohl dazu dienen, daß diese „Stabilität" andauert.



Eine von westdeutschen und südafrikanischen Polizeistellen mitorganisierte Reise soll westdeutschen Polizisten, so der Werbeprospekt, das *„Nebeneinander der verschiedenen Hautfarben"* vermitteln...

Johnson Mlambo kommt in die BRD



In der vergangenen Woche berichteten wir über die Probleme, die es bei der Organisierung der Rundreise des PAC (Pan Africanist Congress) durch die Bundesrepublik gegeben hat. Zunächst einmal die jetzt endgültig feststehenden Termine für Veranstaltungen mit dem Vorsitzenden des PAC, Genossen Johnson Mlambo:

18. Februar, Hamburg
19. Februar, Dortmund
21. Februar, München
22. Februar, Stuttgart

Mit Genossen Mlambo kommt der UNO-Vertreter des PAC, Genosse Gora Ibrahim in die Bundesrepublik. Er wird vermutlich an der Hamburger Veranstaltung teilnehmen ansonsten aber parallel zu den Veranstaltungen des Genossen Mlambo vom 17. Februar bis zum 1. März in verschiedenen Orten sprechen: Vorgesehen sind z. Z. Münster, Göttingen, Schweinfurt, Regensburg, Graz, Konstanz, Freiburg, Ulm und Frankfurt. Für diese Veranstaltungen gilt noch der Hinweis „ohne Gewähr" — aber die Chancen, daß sie realisiert werden, ist wesentlich höher als beim Lotto. Die Organisatoren der Rundreise arbeiten mit allen Kräften daran, daß in der kommenden Woche alle Termine und Orte endgültig bestätigt werden können.

Zum Schluß noch einmal der — notwendige — Hinweis auf das Spendenkonto. Die im „Beilagenkreis" zusammenarbeitenden Organisationen der revolutionären Sozialisten, die die Rundreise durchführen, haben sich vorgenommen, insgesamt 20000 Mark für den Ausbau des Informationswesens des PAC zu sammeln. **Spendenkonto: R. Lötzer, BfG, Köln, Kto.-Nr. 21544 24600 (BLZ 370 10111)**



Frankfurt. In aller Stille wollte sich Frankfurts Oberbürgermeister vom südafrikanischen Konsul verabschieden. Doch aus der ruhigen Abschiedszeremonie wurde nichts. Eine achtköpfige Gruppe hatte sich vor dem Amtszimmer des Bürgermeisters eingefunden und entfaltete ein Transparent mit der Aufschrift: „Wer Südafrika die Hand reicht, hat Blut an den Händen". Auf Wallmanns Befehl wurden vom Sicherheitsbeamten des Rathauses zivile Polizisten gegen die Demonstranten eingesetzt, die mit Gewalt vorgingen. Unter den „Störern" waren auch Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion der Grünen, die die ganze Geschichte zurecht als Beweis für die „apartheidsnahe Politik der CDU" ansahen. Unser Bild zeigt Demonstranten, die während der Verabschiedung im Rathaus auf dem Römer protestierten.

Ein Jahr nach dem „Tag für Afrika"

Hunger, Hilfe, Imperialismus —was tun?

Am 23. Januar war es ein Jahr her, daß mit einem Riesenaufgebot 125 Millionen DM an Spenden zur Hungerhilfe in Afrika gesammelt wurden. Aus diesem Anlaß wurde überall Bilanz gezogen, von der ARD bis zur „taz". Auch für den „Roten Morgen" gibt es Anlaß genug, sich nochmals mit dieser Frage zu befassen. Einmal, weil unser damaliger — faktischer — Aufruf, sich an der Spendensammlung zu beteiligen auch einen Gutteil Kritik erntete, so daß es nötig erscheint, die sich damals abzeichnende (und nicht weitergeführte) Debatte fortzusetzen, zum anderen weil die Probleme ja geblieben sind und an diesem Jahrestag wieder verstärkt in die öffentliche Auseinandersetzung kamen.

Für „Afrika"?

Für die Reaktionäre aller Länder war dieHungersnot der letzten Jahre, die verschiedene Gebiete Afrikas erfaßt hatte, nur ein weiterer Anlaß, ihre Hetze, ihren Rassismus und Neokolonialismus offen zu verbreiten.Unter dem Motto„2 bis3 Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit zeigt sich afrikanische Unfähigkeit" versuchten offen rechte Kreise entsprechende Stimmungen zu schüren. Nicht zufällig waren zahlreiche Unternehmen solcher Art in engster Verbindung mit südafrikanischen Stellen organisiert. Am meisten profilierte sich die französische Rechtspresse dabei, auf vornehmere Art wurde dies aber auch von den bundesdeutschen konservativen Blättern betrieben.

Nicht nur, daß solche Kreise ein Interesse beispielsweise daran gehabt haben, Hungersnot im Apartheidstaat zu verschweigen, ihr Hauptanliegen war es, natürlich zu beweisen, daß verschiedene afrikanische Staaten sich einfach zu sehr gegen die Segnungen westlicher Marktwirtschaft gesperrt hätten und dadurch selbst an den Problemen schuld seien. Dabei war die Lage auf dem ganzen Kontinent durchaus unterschiedlich.

Die damals aktuelle Hungersnot betraf vor allem die Region um Äthiopien, Südsudan, sowie überhaupt die Saharandstaaten, wobei sich die Lage in Nordafrika ganz anders und in Westafrika sehr differenziert darstellte.

Die Hauptursachen

„An den strukturellen Voraussetzungen des Hungers — und da halte ich den weniger spektakulären Hunger von Millionen Afrikanern, die dauernde Mangel- und Fehlernährung für das mindestens genauso ernst zu nehmende Phänomen — hat sich in der Zwischenzeit wenig geändert." (1)

So benatwortet Herbert Hassold von „Brot für die Welt" in einer Umfrage der „Frankfurter Rundschau" die Frage, was sich gegenüber dem Vorjahr, angesichts fast überall deutlich gestiegener Ernteergebnisse geändert habe.

Eine soweit sicherlich rundum treffende Aussage. Diese strukturellen Voraussetzungen aber liegen auf der Hand: Die Entwicklung sowohl nationaler als auch regionaler Wirtschaftskraft wird verhindert. Verhindert durch die Schuldenpolitik des Imperialismus — verglichen mit den 125 Millionen DM, die gespendet wurden, sind allein die Zinseinnahmen bundesdeutscher Banken aus Afrika größer als diese Summe. Die Verschuldung der afrikanischen Staaten hat in der sogenannten Entwicklungsdekade bis 1980 ungeheure Ausmaße angenommen und geht immer noch weiter. Nicht umsonst auch gibt es solche Dokumentationen wie Buch und Film „Weizen als Waffe", die insbesondere die erpresserische und menschenmörderische Politik des USA-Imperialismus gerade auch in Afrika geißeln. Bonner Politik (wie sie auch bereits vor der Wende, wenn auch nicht so systematisch) betrieben wurde, wird am besten an jener Leitlinie des (CSU-) Entwicklungshilfeministers Warnke charakterisiert, der ganz ohne Scheu befand, Entwicklungshilfe müsse auch stets Absatz für die „deutsche Wirtschaft" sein — so unverschämt drücken es Minister anderer Regierungen vielleicht nicht aus, betreiben tun sie aber im wesentlichen dasselbe.

Neben diesen generellen Tatsachen kann man sicher auch noch festhalten, daß Hungersnöte etwa im südlichen Afrika in der Regel durch die Aggression der Rassistenarmee Pretorias begründet werden — die Entwicklung etwa in Moçambique wurde dadurch nachhaltig beeinflußt.

Alle anderen Ursachen, klimatischer Art, Bodenerosion usw. sind dafür verschärfende Faktoren, aber keine Ursachen. Ein echter Kampf gegen die zunehmende Versteppung, wie es bei einer wirklich internationalistischen Hilfe möglich wäre, findet faktisch gar nicht statt.

„Solange beim ,Tag für Afrika' soviel hereinkommt, wie ein einziger ,Tornado' kostet, so lange dieser Rüstungswahnsinn nicht gestoppt wird, dürfen wir uns auch nicht auf sogenannten Erfolgen ausruhen." (2)

Dies ist — in dieser Kürze abschließend — ein weiterer Aspekt der politischen und wirtschaftlichen Hauptbedingungen, die zu jener so angespannten Lage führten, die so vielen Menschen das Leben kostete.

Die Auswirkungen

Die Zahlen sind unterschiedlich: Von FAO bis UNO wird von 1 bis 3 Millionen Menschen gesprochen, die durch direkte Nahrungshilfe überleben konnten.

Alle in der FRum Stellungnahmen gebetenen Vertreter karitativer Organisationen bewerten dies selbstverständlich positiv. Da erscheint es ausgesprochen fraglich, so heranzugehen, wie es beispielsweise die taz in ihrem Jahrestagsartikel tut und nur Bedenken aus solchen Stellungnahmen zu zitieren. (3)

Der taz-Korrespondent aus Westafrika K. Pedersen schreibt in seinem Artikel:

„Die Armen der reichen Länder helfen den Reichen der armen Länder und die Ärmsten der Armen fallen — so oder so — hinten runter." (4)

heute nicht nur in Kenia, sondern falls heruntergespielt werden soll. Sicher ist, daß in sehr vielen auch afrikanischen Staaten eine neue, einheimische herrschende Klasse (zumeist völlig abhängig vom Imperialismus) von „Hilfe" aller Art profitiert. Die „wabenzis" gibt es neute nicht nur in Kenia, sondern über viele afrikanische Staaten verteilt.

Nur so einfach ins Schema F paßt die Sachlage nicht. Betrachtet man beispielsweise die Sachlage in einem der meistbetroffenen Gebiete, in Tigray (im nördlichen Westen Äthiopiens, dem Zentrum der Hungersnot), so stellt sie sich ganz anders dar. „Die Reichen" in diesem armen Land sitzen vornehmlich im Sudan. Dorthin wurde der Prinz von Tigray samt den Truppen seiner EDU (Äthiopischen Demokratischen Union) von den Milizen der TPLF hinvertrieben, die dringend nötige Landreform gegen die Großgrundbesitzer (deren Hauptvertreter der Prinz war) durchgeführt. Die TPLF selbst aber gehörte zu jenen, die dazu aufriefen zu spenden, Hungerhilfe zu leisten. Die Sondersituation dort ergibt sich im wesentlichen aus dem Krieg, den die Regierung in Addis Abeba gegen Tigray und Eritrea führt. (Der in der Regierungspropaganda — nicht ohne Wirkung auch auf bundesdeutsche Linke — als Krieg gegen engstirnige Nationalisten und ähnliches ausgegeben wird).

Die Bilanz, die die TPLF und sie unterstützende Organisationen von der damaligen Aktion ziehen, ist ebenfalls eindeutig positiv, auch wenn die Zentralregierung alles tat, um die Lieferung von Nahrungsmitteln dorthin zu unterbinden und dafür ihr Umsiedlungsprogramm startete. In Tigray gibt es auch dieses Jahr noch rund eine halbe Million Menschen, die direkt vom Hungertod bedroht sind.

So wie die TPLF in Tigray gab es auch noch eine ganze Reihe weiterer fortschrittlicher Organisationen, die entschieden für eine Soforthilfe eintraten, völlig unabhängig davon, daß sie natürlich auch die politischen Strukturen und Ursachen kennen und bekämpfen, weil es ihnen einfach darum ging, möglichst viele Menschen zu retten.

Das alles ändert weder etwas daran, daß im erfolgreichen Kampf gegen Imperialismus und Reaktion der einzige Weg aller Völker unterentwickelt gehaltener Staaten liegt, ihre eigene Zukunft zu sichern. Noch ändert es etwas an der von vielen Seiten betriebenen Kritik an verschiedensten Formen der „Entwicklungshilfe".

Aber in einer Situation, da die verschiedenen Meinungen so hart aufeinanderprallen, da die Lage so angespannt ist, muß einfach auch über grundsätzliche Erwägungen und langfristige Lösungen hinaus konkret und aktuell Stellung genommen werden.

Schlußfolgerungen

Dies betrifft zum einen die Frage, mit welchem Teil man es „halten" soll: Jene, die sich weigern zu spenden, sind sicher nicht die Fortschrittlicheren, jene, die sich zu Tausenden freiwillig melden wollten für Hilfsdienste, sind sicher keine Neokolonialisten.

Dies betrifft sicher auch die Problematik der großen „Hilfsorganisationen" zumeist kirchlichen Ursprungs — aber da gab es ja auch, und darauf haben wir bereits damals verwiesen, den Zusammenschluß der 13 kleineren wie „medico" oder „terre des hommes" einschließlich jener, die zum Teil direkt mit Befreiungsbewegungen verbunden sind.

Und dies betrifft drittens ganz sicher das Problem, daß sich auch die Reaktion plötzlich und ausführlich als hilfsbereit darstellen ließ, selbst Kohl spendete — fremdes — Geld. Nur: Gerade das wirft unserer Meinung nach die Frage richtig auf. Es kann doch eigentlich nur so herangegangen werden, daß im Kampf gegen den Hunger die volle Wahrheit auf den Tisch gebracht wird, daß daraus eine Anklage gegen den Imperialismus gemacht wird — aber eben keine bloß abstrakte Solidarität, die sich konkret dann weigert zu helfen, wo über Debatten um politische Richtigkeit sich auch ganz schön viel Arroganz breit macht.

Es wäre in der Tat Anlaß genug, ein Jahr nach dem „Tag für Afrika" darüber nachzudenken, wie sich die Revolutionäre Linke in diesem Land zum Problem des Hungers verhalten soll, da es offensichtlich erscheint, daß sich hier einiges bewegen läßt. Sowohl in bezug auf die Solidarität wie in bezug auf die dazu betriebene Politik täte das Not.

Wir denken jedenfalls, daß der damalige Aufruf im „Roten Morgen" sich an den Spendensammlungen zu beteiligen, keineswegs falsch war, sondern richtig. So wenig wie wir dafür eintreten, daß Nicaragua kein Geld mehr aus der BRD erhalten soll, so wenig können wir dagegen sein, daß Geld aus der BRD etwa der Revolution in Tigray zugute kommt. Und so sehr müßten sich eigentlich auch revolutionäre Sozialisten bemühen, dort selbst Hilfe zu leisten, nach ihren Kräften.

Die Bauernfrage

In besonderer Weise einhellig wird in den verschiedenen Bilanzen zu diesem Jahrestag auch die Frage der Bauern aufgeworfen. Neue Nahrungshilfe verdirbt die Preise endgültig, beschleunigt den Bankrott — so gab vor allen Dingen der „Spiegel" den Ton dabei an.

Nun ist es sicher so, daß die Bauernscnaft — und damit sind jedenfalls bei Linken die Kleinbauern und faktisch Landlosen gemeint — am meisten unter dem imperialistischen Joch leidet und daß sie den größten Anteil an der Bevölkerung hat. Wobei auch hier angemerkt werden sollte, daß eine solche — durchaus nicht unreale — Entwicklung ebenfalls nur verschärfend sich auswirkt. Dabei steht aber nicht nur die Frage der Landreform auf dem Tapet in den verschiedenen Ländern, sondern auch die Frage, wessen Getreide aufgekauft wird — und da müssen es ja nicht gerade die EG-Überschüsse sein. Ansonsten erscheint es bei den bürgerlichen Kräften ausgesprochen scheinheilig, ausgerechnet in diesem Zusammenhang die Bauernfrage aufzuwerfen und sonst nie — schon gar nicht, wenn bundesdeutsche Politik in diesen Ländern angesprochen wird.



Alle Zitate aus Frankfurter Rundschau vom 21.1. und taz vom 23.1.86

Zur Lage in Brasilien

Nach den Wahlen — der Kampf um die Verfassung

Die Kommunalwahlen in Brasilien im November fanden weltweit Interesse. Denn: Es ging darum, in den größten Städten des Landes zu wählen und das wurde zurecht als ein politischer Test für die gesamte Stimmungslage betrachtet. Um so mehr als 86 die Auseinandersetzung um die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung ansteht, die erst das endgültige Ende der Militärdiktatur bedeuten wird. Die Ergebnisse dieser Wahlen werden ausgesprochen unterschiedlich betrachtet. Zur Einschätzung dieser Ergebnisse und zur weiteren Orientierung der Partei führte die nationale Leitung der KP Brasiliens ein Plenum durch, dessen Einschätzungen und Beschlüsse im Zentralorgan der KPB, „A classe operaria" (Die Arbeiterklasse), wiedergegeben werden.

Als Hauptergebnis der gesamten Wahlen wird in dem von der Parteileitung verabschiedeten Dokument festgehalten, daß die Rechte im Land eine deutliche Niederlage hinnehmen mußte. Dies zeige sich vor allem an dem faktischen Verschwinden der PDS (der Partei des früheren Generalspräsidenten Figueredo) aus der politischen Landschaft — in einer ganzen Reihe von Großstädten sank ihre Wählerschaft unter 1 Prozent. Die große Ausnahme dieser Niederlage der Rechten stellt ausgerechnet das Industriezentrum Sao Paulo dar, in der der Kandidat der Rechten (Exstaatspräsident) Janio Quadros mit rund 37 Prozent die meisten Stimmen erhielt.

Die gesamte genauere Einschätzung der Wahl erscheint von daher schwierig, daß sich übers Land eine ganze Serie verschiedener Wahlkombinationen, Listenverbindungen und Unterstützungsformationen herausgebildet hat, die von Stadt zu Stadt recht unterschiedlich waren.

Die Kommunistische Partei Brasiliens setzte ihre Politik der Unterstützung der PMDB (Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens) im allgemeinen fort — bis auf einige wenige Orte, in denen der rechte Flügel der PMDB die Kandidatenaufstellung und die Politik dominierte. Dort gab es unterschiedliche Kombinationen.

Der Wahlsieger im allgemeinen war die PMDB, die nicht nur erneut — mit Abstand — die größte Stimmenzahl aller Parteien gewinnen konnte, sondern ihre Position ausbauen konnte. Sie gewann die Wahl in 20 der Hauptstädte der Bundesstaaten, die Rechte in zweien (Sao Paulo und Sao Luis), die sozialdemokratische PDT des Gouverneurs von Rio ebenfalls in zwei (Rio und Porto Alegre) und die PT Lulas (Führer der Metallarbeiterbewegung von Sao Paulo) in Fortaleza. Auch in mehr als 2/3 der Provinzstädte, in denen gewählt wurde, gewann die PMDB. Damit ist der Versuch der PDT über ihre beiden traditionellen Einflußgebiete hinaus ihre Position auszubauen, erneut gescheitert.

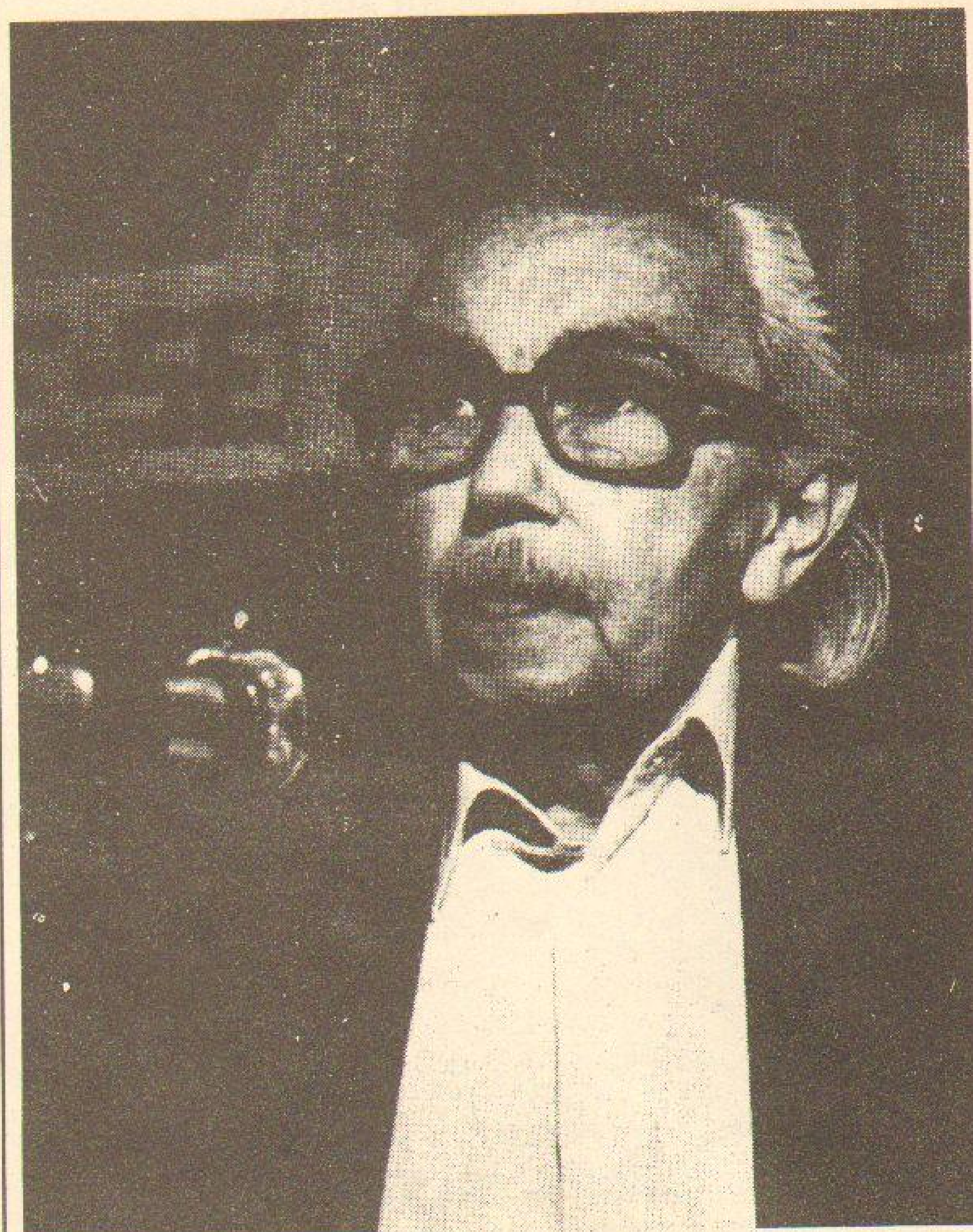
Was den Wahlausgang für die PT betrifft, so wird er in verschiedener Hinsicht sehr unterschiedlich beurteilt. Einmal in bezug auf das reale Egebnis. Sicher ist: Die PT konnte ihren Stimmanteil in einer Reihe von Städten ausdehnen. Ihr Ziel, im ganzen Land zu einem Faktor zu werden, hat sie indessen deutlich verfehlt. Zum anderen gibt es aber auch Unterschiede in der politischen Bewertung dieser Kandidatur. Am deutlichsten wird dies in Sao Paulo. Hier gewann (s.o.) Quadros mit 37 Prozent. Die Kandidaten der PMDB (34 Prozent) und der PT (19 Prozent) Cardoso und Suplicy erhielten zusammen deutlich mehr. Dabei war der Stimmverlust der PMDB gegenüber der Gouverneurswahl vor drei Jahren sehr groß. Die konservativ-liberale Politik der Bundesstaatsregierung hat nicht dazu geführt, daß sich die demokratische Massenbewegung hinter der PMDB sammelte. Die PT war aber, nach einem eindeutig gegen die PMDB geführten Wahlkampf nicht in der Lage und bereit, eine Koalition gegen die Rechte einzugehen.

Von den Ergebnissen her bleibt noch festzuhalten, daß die PFL (die Partei des regierenden Staatspräsienten Sarney, entstanden aus einer Abspaltung der Militärpartei PDS) sich ebenfalls nicht als starker nationaler Faktor behaupten konnte.

Die Leitung der KP Brasiliens unterstreicht in ihrer Analyse der Wahlergebnisse der PMDB, daß sich innerhalb dieser mit Abstand größten politischen Partei Brasiliens die Auseinandersetzung zwischen konservativen und fortschrittlichen Kräften weiter zugespitzt hat und weiter zuspitzen wird, daß es aus den konkreten Ergebnissen hervorgeht, daß die PMDB überall dort gut abgeschnitten hat, wo sie profiliert für Agrarreform, neue Verfassung und Absage an den IWF auftrat.

Die bisherige Bilanz der Sarney-Regierung zieht die Leitung der KPB so: Es werden deutliche demokratische Fortschritte bewertet, wie die Bejahung der Legalität und freien Betätigung aller politischen Parteien, das Streikrecht, die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und der Ansatz zu einer Agrarreform. Diese Bilanz hat für die brasilianischen Kommunisten eindeutig positive Züge, obwohl sie sehr deutlich darauf hinweisen, daß die eingeleiteten Reformmaßnahmen weder so weit gehen, wie es der Wille der breiten demokratischen Massenbewegung, noch daß sie so sehr in die Tiefe gehen, wie es nötig wäre, um die Positionen der Reaktion, des Großgrundbesitzes und des ausländischen Kapitals endgültig zu begraben. Dementsprechend setzt die KP Brasiliens ihre Linie fort, die Regierung dort zu unterstützen, wo sie fortschrittliche Maßnahmen einleitet und sie dort zu kritisieren, wo sie dem Druck der Reaktion und kapitalistischen Interessen nachgibt. Was gerade aufgrund der komplizierten Zusammensetzung dieser Regierung, die aus verschiedensten politischen Strömungen besteht als eine ausgesprochen komplizierte Arbeit erweist, da eine solche Regierung in besonderem Maße Druck und Gegendruck unterliegt.

Die Perspektiven, die die Leitung der KP Brasiliens für den Kampf der Partei angibt, sind vor allem drei: Erstens und vor allem so viele und so breite Kräfte wie möglich zu sammeln, um einen neuen Rechtsputsch zu vereiteln; mit diesen Kräften Druck auf die Regierung auszuüben und sie nicht von den fortschrittlichen Kräften durch spalterische Manöver isolieren zu lassen und sie so den Rechten zu überlassen; und den Kampf um eine wirklich demokratische neue Verfassung zu führen — dies ist die zentrale Aufgabe der KPB, so, wie sie auf dieser Plenarsitzung beschlossen wurde. Dafür tut es not, daß die Partei weiterhin Allianzen, Bündnisse usw. auf breitester Basis der Demokratie schließt und sich nicht darauf beschärnkt, eine „linke Einheitsfront" oder ähnlichen Losungen zu folgen. In diesem Kampf, wird in dem Bericht des Zentralorgans abschließend hervorgehoben, wird auch die bisher so erfolgreiche Kampagne zur Stärkung der Partei fortgesetzt werden müssen.



Genosse Joao Amazonas, Vorsitzender der KP Brasiliens

Kommunisten im Parlament von Brasilia

Im Kampf für die Neue Republik

„Neue Republik" — das ist eines der Schlagworte, unter denen die demokratische Bewegung in Brasilien angetreten ist, um der Reaktion endgültig die Hebel der Macht abzunehmen. Dabei spielen die Auseinandersetzungen innerhalb des brasilianischen Kongresses in Brasilia natürlich eine wesentliche Rolle. Die Fraktion der Kommunistischen Partei Brasiliens, die 14 Genossinnen und Genossen umfaßt, steht dabei an vorderer Front in dieser Auseinandersetzung.

Nachdem es zum ersten Mal seit 1947 wieder eine kommunistische Fraktion im Parlament gibt (so lange war die Partei verboten), führte „A classe operaria" am Ende des ersten Jahres der Arbeit der neuen Fraktion ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden Haroldo Lima, Abgeordneter des Bundesstaates Bahia.

Lima hebt in diesem Interview vor allen Dingen zwei Auseinandersetzungen im Parlament von Brasilia hervor: Was sollte geschehen, nachdem der gewählte Präsident Tancredo Neves noch vor seinem faktischen Amtsantritt nach langem Überlebenskampf starb, die Republik erschüttert war, die Menschen verunsichert? In dieser Situation stieß die Rechte vor mit dem Verlangen, die ganze Wahl, Neves als Präsident und Sarne als Vize zum Ergebnis hatte, zu annulieren und Übergangslösungen zu finden.

Die KP Brasiliens und auch der Parteivorsitzende Genosse Amazonas versicherten in jenen Momenten dem Vizepräsidenten ihre Unterstützung, wenn er einen Kurs der Reformen steuern würde. Es ging dabei neben dem sozialen Inhalt und den politischen Auseinandersetzungen auch um die Frage, ob Absprachen eingehalten werden, der Kurs klar bleibt oder ob Raum für irgendwelche Manöver bleibt, die nur der Reaktion nutzen konnten. So trat die Fraktion der KPB dafür ein, daß der vorgesehene Weg, nämlich daß der Vize den Präsidenten ersetzt, auch einghalten wird, auch als Demonstration dafür, daß der Kurs gegen die Diktatur beibehalten wird.

Die zweite große Auseinandersetzung ging um die Frage des Antrages, mit dem die verfassungsgebende Versammlung einberufen werden soll, eine Frage größter Wichtigkeit und von daher stark umkämpft.

Hier mußte die Fraktion zunächst einen Kampf darum führen, in den gemeinsamen Ausschuß des Kongresses, der diesen Antrag ausarbeiten sollte, überhaupt aufgenommen zu werden, was sie nach Organisierung einigen politischen Drucks auch schaffte.

Im Rahmen dieses Ausschusses setzten sich die kommunistischen Abgeordneten für alles ein, was den Prozeß, wie das Land zu einer neuen Verfassung kommen kann, demokratischer und breiter machen konnte.

Dabei kämpften die Kommunisten vor allem darum, daß die nichtgewählten Senatoren der einzelnen Bundesstaaten vom Prozeß einer solchen verfassungsgebenden Versammlung ausgeschlossen bleiben, daß überhaupt alle autoritären Züge im Prozeß der Einberufung dieser Versammlung beseitigt wurden, daß die Bevölkerung in diesem Gremium gerecht repräsentiert werden sollte und daß die politische Amnestie für Militärs auf die untersten Dienstgrade, dort aber dafür ausgeweitet, beschränkt werden sollte. Die KP-Fraktion erreichte dabei in diesen verschiedenen Bereichen Verbesserungen gegenüber ursprünglichen Plänen.

Der Kampf für die „Neue Republik", den die KP als einen revolutionären Prozeß betrachtet, wird, so Lima abschließend, auch im kommenden Jahr im Zentrum der Parlamentsarbeit der Kommunisten auf allen Ebenen stehen, vor allem aber in Brasilia, im Kongreß.



Haroldo Lima, Fraktionsvorsitzender der KPB

Beitrag der GIM für den KPD-Parteitag

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir wünschen Euch allen Erfolg bei der Durchführung Eures Parteitages und hoffen, in sehr absehbarer Zeit mit Euch gemeinsam in einer vereinigten revolutionär-sozialistischen Organisation für unsere Ziele, für die sozialistische Demokratie kämpfen zu können.

Die Diskussionen zwischen GIM und KPD über eine mögliche Vereinigung und Bildung einer gemeinsamen revolutionär-sozialistischen Organisation sind in ein sehr greifbares Stadium getreten.

Soweit die Kräfte reichen, greifen wir bereits heute zusammen in die entscheidenden Fragen des Klassenkampfs ein. Gemeinsam treiben wir die Diskussion für die weitere Aktionseinheit und politische Vereinheitlichung der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten voran. Dies werden wir in den kommenden Monaten intensivieren. Wir werden auch das gemeinsame Handeln und die Diskussion zwischen unseren beiden Organisationen vor Ort in der nächsten Zeit verstärkt betreiben. Auf zentraler Ebene werden wir zum ersten Mal eine gemeinsame Sitzung unserer Zentralkomitees durchführen.

Wir halten es für ermutigend und von großer Bedeutung, daß die KPD heute die mögliche Vereinigung mit der GIM nicht wie eine ferne Eventualität, sondern als greifbare Perspektive auffaßt und betreibt. Diese Perspektive scheint uns für die KPD wie für die GIM nicht eine Notlösung zu sein, weil uns nichts Besseres einfällt, sondern ein ganz konkretes, konstruktives Projekt des eigenen Aufbaus, nämlich den Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Organisation einen bescheidenen, aber doch entscheidenden Schritt voran zu bringen.

Wir sind optimistisch, daß die verbliebenen Probleme in den Fragen des Programms, des Statuts und des Selbstverständnisses der gemeinsamen Organisation in einer für beide Seiten akzeptablen Weise geklärt werden können. Wir sind zuversichtlich, daß auch nach der Vereinigung verbleibende, sehr ernste Meinungsverschiedenheiten — insbesondere über die internationale Organisierung und über die Einschätzung der sogenannten „realsozialistischen" Länder — in der gemeinsamen Organisation solidarisch debattiert und geklärt werden können.

In den nächsten Monaten kommt es darauf an, alle mit der Vereinigung zusammenhängenden, teilweise recht komplizierten Einzelfragen zu lösen. Dies reicht vom Verhältnis der Ex-GIM-Mitglieder in der gemeinsamen Organisation zur Vierten Internationale und ihrem Recht, für den Anschluß an die Vierte Internationale einzutreten, bis hin zum Sitz der Leitung der Organisation, der Organisierung des Verlags-, Schulungs- und Publikationswesens und der Besetzung der Leitungsfunktionen in der neuen Organisation. Auch der Name der vereinigten Organisation und ihrer Zeitung, ebenso wie die neuen Parteisymbole bleiben zu klären. Für alle diese und weitere Fragen werden wir gemeinsam Regelungen finden.

Darüber hinaus brauchen wir eine Debatte über die Stoßrichtung und innere Gewichtung der Arbeit, die wir in der ersten Zeit der gemeinsamen Organisation durchführen wollen. Darüber kann es auch innerhalb von KPD und GIM verschiedene Meinungen bzw. Akzentsetzungen geben. Wir werden mehrheitlich beschlossene Vorschläge in diese Debatte für den Vereinigungskongreß einbringen, im Sinne der Beschlüsse unserer kommenden Delegiertenkonferenz und vorher schon unseres Zentralkomitees. Aber auch mögliche Minderheitspositionen in der GIM werden in die gemeinsame Debatte eingebracht werden, denn wir wollen eine offene Diskussion, die durchaus nicht nach der Scheidelinie GIM-Mitglieder einerseits, KPD-Mitglieder andererseits verlaufen muß.

Wichtig scheint uns in jedem Falle, daß die vereinigte Organisation sich gerade am Anfang als Ansatz des Aufbaus einer revolutionär-sozialistischen Alternative darstellt. Sie wird in der Lage sein, wichtige Impulse für die Herausbildung einer klassenkämpferischen Strömung in den Gewerkschaften und für weitere politische Einigungsprozesse revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten zu geben. Neben der Aufbauarbeit mit langem Atem, dem Engagement in einheitlichen Mobilisierungsstrukturen und -initiativen, der weiteren theoretischen und programmatischen Diskussion müssen die Mitglieder der gemeinsamen Organisation dazu ermutigt werden, das eigene politisch-organisatorische Projekt selbstbewußt in der Öffentlichkeit darzustellen und für den Weg zu werben, den wir eingeschlagen haben.

Weil wir diesen Punkt für wichtig halten, erlauben wir uns, auf eine Frage einzugehen, die Ihr auf diesem Parteitag diskutiert und die Eure Entscheidung bezüglich einer möglichen revolutionär-sozialistischen Kandidatur bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 betrifft.

Wenn eine solche Kandidatur nicht zustandekommt, würden wir das für ein sehr bedauerliches Versäumnis halten. Aus unserer Sicht fehlt in der politischen Landschaft der BRD gerade eine solche Kandidatur. Beim ersten Mal werden damit keine Bäume an Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerissen werden können, aber irgendwann muß einmal der Anfang gemacht werden. Und dieser Anfang wäre — bei aller Bescheidenheit — doch etwas anderes als die bisherigen Kandidaturen einzelner linker Gruppen. Die vereinigte Organisation würde sich eines wichtigen Mittels der Selbstdarstellung und des Einschaltens in die öffentliche Diskussion begeben, wenn eine sozialistische Bündniskandidatur nicht zustandekäme.

Ihr habt Eure Erfahrungen mit Kandidaturen gemacht und macht Euch sicher alles andere als Illusionen über eine solche Kandidatur. Wir aber haben die umgekehrte Erfahrung — einer allzulangen Zeit wahlpolitischer Enthaltsamkeit hinter uns und ziehen daraus eine sehr negative Bilanz. Diese Enthaltsamkeit bestärkt Ersatzorientierungen, entweder in eine unpolitisch-ökonomistische Richtung oder im Sinne taktischer Orientierungen auf andere Parteien. Darüber hinaus werden die Mitglieder — über Erwägungen der Sicherheit hinaus — daran gewöhnt, nicht öffentlich und im Rampenlicht für die Inhalte der eigenen Organisation, für die Politik ihrer Partei, für die eigenen politischen Überzeugungen, einzutreten.

Die letzte Diskussion im Beilagenkreis hat gezeigt, daß es durchaus Chancen gibt, über die vereinigte Organisation bzw. GIM und KPD hinaus Bündnispartner für eine sozialistische Bündniskandidatur zu gewinnen. Dies hängt aber nicht zuletzt von der Entschiedenheit ab, mit der GIM und KPD gemeinsam für eine solche Bündniskandidatur eintreten. In diesem Sinne wären eindeutige positive Beschlüsse dieses Parteitags der KPD, unter bestimmten inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen, wobei letztere nicht zu hoch geschraubt werden sollten, einem Neuanfang in Sachen sozialistische Bündniskandidatur zuzustimmen, sehr zu begrüßen.

Für die Inhalte einer solchen Kandidatur scheint es uns zwischen GIM und KPD breite Einigkeit in den zentralen Fragen zu geben: klare Orientierung auf den Kampf gegen die Wende-Regierung und ihre Politik, in den Vordergrund stellen der sozialistischen Antworten auf die Herausforderungen der kapitalistischen Krise, kritische Auseinandersetzung mit SPD und Grünen nach dem Maßstab der Interessen der Arbeiterklasse, Darstellung der Notwendigkeit des Aufbaus einer parteipolitischen sozialistischen Alternative.

Mit solidarischen Grüßen
Das Politische Büro der GIM



Nachträge zum Parteitag

Antrag der Landesmitgliederversammlung Hessen an den Parteitag der KPD

Die Vereinigung revolutionärer Sozialisten kann nur dann einen Sinn haben, wenn eine Partei mit einem neuen, anderen Charakter entsteht als die bisher existierenden.

In dieser Partei gibt es einige grundlegende Positionen, die verbindlich programmatisch festgehalten werden (Eintreten für den Sozialismus, revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft etc.) Darüber hinaus gibt es eine Bandbreite von politischen Meinungen.

Die Mitgliedschaft der neuen Organisation in der 4. Internationalen stellt eine unzulässige Einschränkung dar. Jedes neue und jedes alte Mitglied würde damit auf eine trotzkistische Programmatik festgelegt. Das widerspricht dem offenen Charakter der neu zu schaffenden Partei. Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

Eine Voraussetzung für die Vereinigung mit der GIM ist es, daß die GIM darauf verzichtet, eine Abstimmung darüber herbeizuführen, daß die neue Organisation als ganze Mitglied der 4. Internationale wird. Es steht jedem einzelnen Mitglied frei, der 4. Internationalen beizutreten.

Antrag der LDK Westfalen-Lippe an den 6. PT der KPD

Die LDK Westfalen-Lippe stellt den Antrag zur Änderung des Statuts:

Die Beschlußfähigkeit eines Gremiums, MV, DK, wird geändert. Laut Statut ist ein Gremium erst bei 2/3 Anwesenheit der Mitglieder/Delegierten beschlußfähig. Wir schlagen vor, daß eine MV/DK beschlußfähig ist, wenn 50 Prozent der Genoss(inn)en anwesend sind.

Begründung:

• Eine einfache Mehrheit der Mitglieder/Delegierten sollte ausreichend sein, Beschlüsse zu fassen.

• Die Erfahrung in Bielefeld/OWL hat gezeigt, daß wir uns mit der bestehenden Regelung beschlußunfähig machen. Zwei bis drei MVs plus DKs, wo wir beschlußunfähig waren, weil nicht 2/3 der Mitglieder/Delegierten anwesend waren, reichen uns.

• Minderheiten können bei der bestehenden Regelung durch **Fortbleiben** Beschlüsse für ungültig erklären und unsere Arbeit faktisch lahmlegen. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

LDK Westfalen-Lippe
Für Annahme des Antrags 11, Enthaltungen 3, Gegenstimmen -.

Ergänzung der Thesen zur Frauenpolitik

Ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse sind im aufsteigenden Trend. Nach wie vor sind überwiegend die „frauentypischen" Berufszweige betroffen. (Putzfrauen, Einzel- Großhandel).

Es gab und gibt ja auch durchaus in den entsprechenden Einzelgewerkschaften die Forderung nach Einführung der Sozialversicherungspflicht (auf Kosten der Arbeitgeber) für jede einzelne Arbeitsstunde, aber es wird doch recht wenig überlegt, welche konkreten Maßnahmen man/frau in Angriff nehmen könnte. Festzustellen wäre (schwierig!) welches Ausmaß diese Arbeitsverhältnisse in diesenBereichen haben, um dann zu diskutieren, welche konkreten Fragen man/frau in die Gewerkschaftsdiskussion „werfen" kann, um dieser besonderen und folgenschweren Art der Ausbeutung entgegenzuwirken. Dies ist auch wichtig für die Frage, ob die Gewerkschaften sich in Richtung Standesorganisation entwickeln oder nicht.

SAUBERLAND BRD

Bis in die Reihen renommierter Buchverlage hinein ist es chic geworden, Bildbände mit „Graffitis“, mit den gesprühten, gemalten manchmal sogar aufwendig gezeichneten Meinungsäußerungen auf Mauern, Gebäuden, Brükken oder anderen Flächen herauszugeben. Diese Bücher könnten Raritäten werden, denn die Wenderegierung will so etwas verbieten lassen, unter Strafe stellen — das Land wieder sauber machen. Beton soll Beton bleiben, die mal spontanen, mal frechen oder witzigen, vielfach politischen Meinungsäußerungen von unten können demnächst mit bis zu 10000 DM Geldbuße belegt werden.

Das sieht der Paragraf 118a vor, der in Bonn behandelt wird. Wir veröffentlichen den Wortlaut auf dieser Seite.

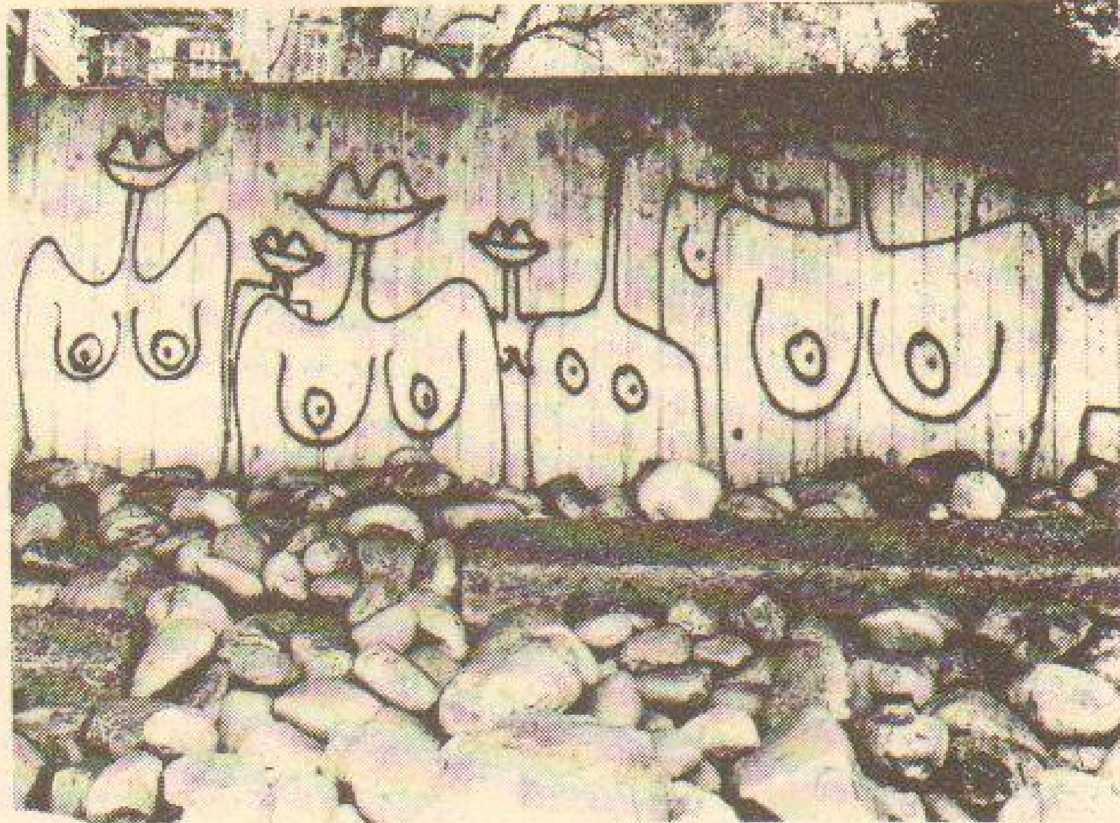
Begründung für dieses Gesetzesvorhaben ist ein angeblich „rechtsfreier“ Raum, der es bislang schwer machte, Sprüher, Plakatierer oder Leute, die einfach einen kleinen Kleber an die Laterne pappen, zu belangen.

1979 hatte der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil festgestellt, daß wildes Plakatieren oder Sprayen auf baulichen Anlagen nur dann eine Sachbeschädigung sei, wenn dadurch die *„Substanz der Sache verletzt oder ihre funktionsmäßige Brauchbarkeit beeinträchtigt wird.“* Auch eine *„dem Gestaltungswillen des Eigentümers zuwiderlaufende Veränderung der äußeren Erscheinung der Sache“* sei nicht grundsätzlich eine Sachbeschädigung. Schließlich sei es nicht Sache der Strafrichter, *„das ‚richtige‘ ästhetische Urteil zu finden* (...)“. Bislang war also mindestens der Besitzer eines Gegenstandes, der beklebt oder bemalt worden war, gezwungen, Anzeige wegen „Sachbeschädigung“ zu stellen. In der Regel kam bei derlei Verfahren allerhöchstens heraus, daß man eventuelle Reinigungskosten aufgebrummt gekam (falls es sich nicht um Äußerungen handelte, die der Staat sowieso verfolgen ließ, „Beleidigungen“ oder RAF-Werbung, z. B.).

Mit dem neuen 118a kommt alles viel schlimmer. Tatbestand nach dem Bekleben oder Besprühen irgendeines Gegenstandes ist ganz einfach **„Verschandelung des Straßen- oder Landschaftsbildes“.** Jedermann kann den Kleber oder Sprüher anzeigen, die Polizei **muß** eingreifen — ob Sachbeschädigung vorliegt, spielt keine Rolle mehr. Die Strafandrohung ist hoch: bis zu 10000 DM Strafe. Im Gesetzentwurf heißt es dazu: *„Bei der HÖHE DER ANGEDROHTEN Geldbuße ist zu berücksichtigen, daß der Unrechtgehalt der Handlung, soweit sie gegen fremdes Eigentum gerichtet ist, im Randbereich zum Kriminalunrecht liegt.* (...) *Ferner ist zu bedenken, daß die Vorschrift bei Androhung einer niedrigen Geldbuße keine ausreichende Schutzfunktion entfalten könnte.“*

Da sind in Bonn knallharte Saubermänner am Werk (mal ganz abgesehen davon, welches „Kriminalunrecht“ vorliegen soll, wenn Bürger dieses Staates ja vor allem öffentliche Dinge für die Meinungsäußerung verwenden, wie Telefonkästen, Laternen, Denkmäler, Brücken etc.). Daß dieses „saubere“ Stück „geistig-moralischer Wende“ jetzt eine reale Gefahr ist, ein Schlag gegen die Meinungsfreiheit und Schritt zur Farblosigkeit, Sterilität und Ödnis der Städtebilder, liegt nicht nur am harten Kern der reaktionären Wendeparteien. Die SPD-regierten Länder haben im Bundestag schon zugestimmt. Und nicht etwa, wie ein Vertreter des hessischen Justizministeriums meinte, aus Versehen (*„Wie das passiert ist, weiß ich auch nicht so genau“*). Die Bremer SPD-Regierung beklagt klar den *„rechtsfreien Raum“*, in dem man sich an *„fremden Eigentum vergreifen“* könne. Und Johannes Rau's Pressesprecher erklärte offen: *„Diesen Schmierfinken muß das Handwerk gelegt werden“.* Da ziehen alle staatstragenden Kräfte am gleichen Strang! Offenbar ist der Paragraf 118a — der „Saubermannsparagraf“ für das Straßen- und Landschaftsbild das, was Johannes Rau in der „politischen Landschaft“ für Sauberkeit und Anstand hält. Das ist nicht nur alles erschreckend spießig, sondern auch noch typisch (gesamt-)deutsch: Die taz berichtete, daß der Wortlaut des Gesetzestextes dem einer ähnlichen Bestimmung des DDR-Strafgesetzbuches sehr ähnele. Nur, daß in der DDR Kunst- und Meinungsfeiheit maximal 5000 DM kosten. Unsere ist offensichtlich wertvoller!

Vielleicht kann man auf diesen Vorgang nur so ironisch reagieren, wie der bekannte Aktionskünstler Manfred Spies: In diesen Tagen hat er auf eine Düsseldorfer Werbetafel einen neuen „Denk-Anschlag“ angebracht. Sinngemäß steht dort: **„Diese Regierung macht uns täglich mehr Spaß — Es gibt immer neue Gesetze, die wir übertreten können.“**



Vom Regen in die Jauche: Harald Naegeli, der Sprayer von Zürich, mußte aus der Schweiz fliehen, weil er wegen seiner — mittlerweile weltbekannten — Strichmännchen zu 200000 Franken Geldbuße wegen Sachbeschädigung verurteilt wurde und dazu noch neun Monate Gefängnis bekam. Er lebt — und arbeitet — jetzt in der Bundesrepublik. Er wird seiner Kunst nicht weiter ungestraft nachgehen können. In einer ersten Stellungnahme sagte er, daß er *„hier in der Bundesrepublik eine ähnliche Aushöhlung der demokratischen Grundgedanken beobachte, wie in der Schweiz.“*

IM WORTLAUT: das neue Gesetz, wie es schon vom Bundesrat gebilligt, jetzt dem Rechtsausschuß des Bundestages vorliegt.

§ 118a

Verunstalten von baulichen Anlagen oder gemeinnützigen Sachen

(1) Ordnungswidrig handelt, wer an einer fremden baulichen Anlage an einem Ort, der allgemein zugänglich ist oder eingesehen werden kann, oder an einer Sache, die dem öffentlichen Nutzen oder der Verschönerung öffentlicher Wege, Plätze oder Anlagen dient, ohne Einwilligung des Verfügungsberechtigten ein Plakat anbringt oder die Anlage oder Sache beschriftet, bemalt, beklebt oder sie sonst verunstaltet.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Mark geahndet werden.

Begründung: Bei der Anwendung des Bauordnungsrechts zur Bekämpfung des „wilden Plakatierens“ und ähnlicher Mißstände werden sanktionswürdige Sachverhalte zum Teil nicht oder nicht an ihrem Kern erfaßt. Dies führt zu Lücken, erschwert die Rechtsanwendung und eröffnet eine Ungleichbehandlung gleichgeladener Sachverhalte. Durch den vorgeschlagenen Tatbestand über das Verunstalten von baulichen Anlagen oder gemeinnützigen Sachen soll das Eigentum vor einer fremden Einwirkung in einem Randbereich geschützt werden, und zwar in solchen Fällen, in denen zwar noch nicht der Tatbestand der Sachbeschädigung erfüllt ist, jedoch durch die Art der Einwirkung die äußere öffentliche Ordnung gestört oder beeinträchtigt wird.

Es handelt sich hier um Verhaltensweisen, durch die das Straßen- oder Landschaftsbild verschandelt wird oder werden kann und bei denen zugleich in der Öffentlichkeit sichtbar in Erscheinung tritt, daß die Gestaltungsfreiheit des Eigentümers hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes seiner Sache grob mißachtet wird.

Bei der Beschreibung der Tathandlung sind neben dem Plakatieren auch andere Fälle der Einwirkung auf das äußere Erscheinungsbild einer baulichen Anlage aufgeführt, die ebenso zu mißbilligen sind oder die sogar schwerwiegender sein können als das Plakatieren. Neben den einzelnen Tatmodalitäten ist als umfassender Begriff das sonstige Verunstalten genannt. Dadurch wird einerseits sichergestellt, daß neben den näher bezeichneten Tatmodalitäten auch andere Formen erfaßt sind, die als Verunstalten angesehen werden können (z. B. das Besprühen, bei dem es zweifelhaft sein könnte, ob ein Beschriften oder Bemalen vorliegt). Andererseits wird aus dem Oberbegriff „sonst“ Verunstalten sowie der Überschriften des Tatbestandes abzuleiten sein, daß die im einzelnen beschriebenen Tatmodalitäten nur dann als tatbestandsmäßige Handlungen anzusehen sein werden, wenn sie das äußere Erscheinungsbild der Anlage nachteilig verändern.

Bilderfolge aus dem Buch „Denk-Anschläge“ von Manfred Spies.

